



SCHLESWIG-  
HOLSTEINISCHER  
LANDTAG

Nr. 03 / Oktober 2022

# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

## Energie

Landtag blickt auf den Herbst und den Winter

### **Regierung**

Streit über schwarz-  
grünen Kurs

### **Parlament**

Landtagspräsidentin  
Herbst im Interview

### **Ex-Bundespräsident**

Joachim Gauck  
über Toleranz

## 03 Meldungen

### Energie

05 Debatten über AKW-Laufzeiten und Benzinpreise

06 Energiewende im Zentrum der Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther



Presseauflauf im Plenarsaal während der Debatte über die erste Regierungserklärung nach der Wahl

07 Das Entlastungspaket des Landes

08 Die Vorschläge der SPD, das Entlastungsprogramm des Bundes, Umschichtungen im Landeshaushalt

09 Streit um Prioritäten, Gasmangellage

10 **Rückblick 1979:** Die zweite Ölkrise trifft die westdeutsche Wirtschaft hart

12 **Altenparlament:** Ehrenamt und Pflege stehen im Mittelpunkt

## 13 Personalien

14 **Landtagspräsidentin Kristina Herbst im Interview:** „Wir sind ein handlungsfähiges, starkes Parlament.“



Seit Anfang Juni im Amt: Landtagspräsidentin Herbst

16 **Im Zentrum:** Der Landtagskalender 2023, rundes Jubiläum im Plenarsaal

18 **Plenum:** Pflegekosten, Flächenstilllegung, Unterstützung für die Bundeswehr, Hürden für Bürgerbegehren, Medizinische Versorgungszentren, Schwimmunterricht, Wölfe in Schleswig-Holstein

22 **Einfache Sprache:** Schüler benoten Lehrer

23 **Die Seite für das Ehrenamt**

24 **Ausschüsse:** Strafrecht ist überlastet, dänische Grenzkontrollen, Überwachung von Schlachthöfen, neues Grundsteuermodell

27 **Europa:** Besuch aus Südtirol, Landtagspräsidentin bei den Minderheiten, deutsch-polnisches Parlamentariertreffen

28 **Joachim Gauck:** „Ja zur Intoleranz“ gegenüber Demokratiefeinden



Ex-Bundespräsident Gauck zu Gast im Landtag

29 **Bücher:** Henry Kissinger, Russen und Ukrainer, „Gorch Fock“, Impressum

30 **Im Porträt:** Rixa Kleinschmit (CDU), Niclas Dürbrook (SPD)

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES

19°

Auf diese Maximaltemperatur sollen im Herbst und Winter die Büros und Sitzungsräume des Landeshauses wie auch viele andere öffentliche Gebäude geheizt werden.

Mehr auf Seite 6

## Der Schnappschuss

Kinder von Bundeswehrangehörigen im Auslandseinsatz waren Ende September im Landtag zu Gast. Die Familienbetreuungszentren der Bundeswehr kümmern sich um die Angehörigen – und schauen einmal im Jahr im Parlament vorbei.

Mehr zum Thema Bundeswehr auf Seite 19



## Nach Tod der Iranerin Amini Landtag will Abschiebestopp

In einer Resolution aller Fraktionen ist der Landtag Ende September für weltweite Frauenrechte eingetreten und hat gefordert, keine Menschen mehr in den Iran abzuschicken.

Hintergrund ist der Tod der kurdischen Iranerin Mahsa Amini, die Mitte September von der Sittenpolizei festgenommen worden war, weil sie ihr Kopftuch angeblich nicht regelkonform getragen hatte. Sie starb nach dem Polizeigewaltsam in einem Krankenhaus in Teheran. Anschließend kam es im Iran zu Protesten gegen die Regierung. Die Sicherheitskräfte reagierten mit Gewalt. „Angesichts der aktuellen Situation bitten wir die Landesregierung, sich beim Bund für

einen bundesweiten Abschiebestopp für den Iran einzusetzen“, heißt es in dem Dringlichkeitsantrag von CDU, Grünen, SPD, FDP und SSW. Die Abgeordneten zeigten sich zudem solidarisch mit einer Kundgebung vor dem Landtag, auf der Mahsa Aminis gedacht wurde, und mit dem Einsatz für Frauenrechte in aller Welt: „Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die weltweit für Menschen- und Frauenrechte eintreten und dafür sogar ihr eigenes Leben und ihre Freiheit riskieren.“

## Haushalt 2023 kommt später

Der Landeshaushalt für das kommende Jahr wird voraussichtlich Ende Februar 2023 verabschiedet. Das sehen Planungen des Finanzausschusses vor. Demnach ist die Erste Lesung für Ende November vorgesehen. Anschließend debattieren die Fachausschüsse, die Fraktionen legen Änderungsanträge vor, und die Landes-

regierung arbeitet mit der Nachschiebeliste Nachbesserungen ein. Die zweite Lesung ist für Februar geplant. Üblicherweise dauern die Haushaltsberatungen von September bis Dezember. Grund für die Verschiebung ist die Wahl im Mai und die anschließende mehrwöchige Regierungsbildung.

## 11.110 Tage im Parlament Peter Lehnert bricht den Rekord

Neuer Langzeitrekord im Landtag: Der CDU-Abgeordnete Peter Lehnert aus Bilsen (Kreis Pinneberg) war am 5. Oktober genau 30 Jahre und fünf Monate im Parlament. Das sind exakt 11.110 Tage. Lehnert brach damit den bisherigen Rekord des SPD-Abgeordneten Günter Neugebauer aus Rendsburg, der dem Landtag von 1979 bis 2009 angehört hat. Die Nummer drei der ewigen Rangliste hat der im Jahr 2000 verstorbene CDU-Abgeordnete Fritz Latendorf

aus Bosau (Kreis Ostholstein) inne, der von 1962 bis 1992 im Landtag saß. Rekordmann Lehnert hat seinen Wahlkreis Pinneberg-Nord sieben Mal direkt gewonnen. Der Bankkaufmann war in seiner langen Parlamentszeit unter anderem europapolitischer Sprecher, innenpolitischer Sprecher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Europaausschusses. In der laufenden Wahlperiode ist Lehnert Landtagsvizepräsident.



Rekord-Abgeordneter Peter Lehnert im Plenarsaal im September 2022 ...



... und im Jahr 1993 mit dem bisherigen Inhaber des Langzeit-Rekords, Günter Neugebauer (re.).

## Wortwörtlich

„Für viele Menschen mag der Blick in die Zukunft heute ein sorgenvoller Blick sein. Doch ich versichere Ihnen, wir werden alles tun, um auch das gemeinsam durchzustehen.“

(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU)

• • •

„Sie haben ein äußerst dürftiges Arbeitsprogramm vorgelegt und auch hier keine neuen Erkenntnisse geliefert. Ihre Politik reduziert sich immer noch auf Repräsentation, persönliche Bilderfolklore und Joggen.“

(Oppositionsführer

Thomas Losse-Müller, SPD)

• • •

„Was wir in Krisenzeiten brauchen, ist ein klarer Kurs, ist Geschlossenheit und ist ein intelligenter Pragmatismus, der auf die aktuellen Herausforderungen sachgerecht reagiert und nicht durch politische Vorfestlegungen manche Optionen von vornherein ausschließt. In Schleswig-Holstein haben wir während der Corona-Pandemie gezeigt, wie gut das geht, und das nicht zuletzt auch im Schulterschluss mit der Opposition.“

(Tobias Koch, CDU)

• • •

„Dieser Sommer war einer der kühlest, den wir in unserem Leben noch erleben werden. In den nächsten Jahren wird es immer heißer werden. Das ist kein Anlass für Urlaub, sondern Anlass zum Handeln. Deshalb braucht es wirksamen Klimaschutz.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)

• • •

„Wir machen in dieser Tagung Vorschläge. Unterstützen Sie diese oder machen Sie eben bessere Vorschläge, aber handeln Sie endlich! Dann haben sie auch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und vielleicht teilweise auch von uns. Aber wenn Sie so weitermachen wie bisher, wird es für die Landesregierung eine sehr schwere Zeit werden und für die Menschen leider auch.“

(Christopher Vogt, FDP)

• • •

„Wir müssen es hinkriegen, für die Menschen in Schleswig-Holstein Soziales mit dem Klimawandel zu verbinden. Das ist unsere Verpflichtung, die wir als Politiker haben. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, die wir alle hier im Landtag haben.“

(Lars Harms, SSW)

Aus der Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther am 31. August. Mehr: Seite 6

## Ausstellung zum Fall Reinefarth in Schleswig

**„Heinz Reinefarth: vom NS-Kriegsverbrecher zum Landtagsabgeordneten“ – unter diesem Titel beleuchtet eine Ausstellung im Schleswiger Landesarchiv den Werdegang des SS-Generals, dem schwerste Kriegsverbrechen während des Warschauer Aufstandes vorgeworfen werden.**

Im Warschauer Stadtteil Wola ermordeten die deutschen Besatzer Anfang August 1944 bis zu 60.000 Menschen. Die Verbrechen wurden von Soldaten und Polizeieinheiten begangen, die dem SS-Gruppenführer Reinefarth unterstellt waren. Nach dem Krieg machte Reinefarth Karriere als Rechtsanwalt, als Bürgermeister von Westerland auf Sylt und als Abgeordneter im Kieler Landtag.

Die Schleswiger Ausstellung besteht aus zwei Teilen. In der Wanderausstellung „Wola 1944: Auslöschung“ des polnischen Pilecki-Instituts sind mehr als 100 Fotos zu sehen, die vom Schicksal der Bevölkerung von Wola erzählen. Die Ausstellung ist erstmals in deutscher Sprache zu sehen und wird anschließend an weiteren Stationen in der Bundesrepublik gezeigt.

Die Wanderausstellung wird im Landesarchiv durch einen Blick auf die Nachkriegskarriere Reinefarths ergänzt. Er wurde 1951 zum Bürgermeister von Westerland gewählt und saß von 1958 bis 1962 für den Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) im Landtag. Die Staatsanwaltschaft Flensburg ermittelte gegen ihn, stellte das Verfahren aber 1966 wegen „Beweismangels“ ein. Angeklagt wurde er nie. Bis zu seinem Tod 1979 praktizierte er als Rechtsanwalt in Westerland.

**Die Ausstellung ist bis zum 31. März 2023 im Landesarchiv im Schleswiger Prinzenpalais zu sehen. Der Eintritt ist frei. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8:30 bis 17 Uhr. Zudem gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm. Mehr auf: [www.schleswig-holstein.de/landesarchiv](http://www.schleswig-holstein.de/landesarchiv)**

**Siehe auch Landtagszeitschrift Nr. 02/2016**

## Blutspende-Aktion im Landeshaus – Rekord bei Erstspenden

Unter dem Motto „Leben retten mit Fördeblick“ haben Anfang Oktober 97 Spendewillige bei der Blutspende-Aktion im Landeshaus mitgemacht. Darunter waren 38 Erstspender – ein neuer Höchststand. Landtag, Landesregierung und Deutsches Rotes Kreuz (DRK) laden seit 2005 einmal jährlich dazu ein, im Parlamentsgebäude zum Lebensretter zu werden. „Ich freue mich sehr über dieses tolle Ergebnis – vor allem für die Patientinnen und Patienten im Norden“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst, die Schirmherrin der Aktion ist.

Die Blutspende im Landeshaus erfolgt mittlerweile mit einer vorherigen Terminbuchung, hinzu kamen im Schleswig-Holstein-Saal 25 Spontan-Spender. „Die hohe Zahl an Erstspenderinnen und Erstspendern und der Umstand, dass sich so viele zu einer spontanen Blutspende entschlossen haben, ist ein unheimlich schönes Zeichen des Zusammenhalts“, sagte Herbst.

Laut DRK werden allein in Schleswig-Holstein und Hamburg täglich 500 Blutspenden benötigt. Die Reserven sind knapp, zumal nur drei Prozent der möglichen Spender tatsächlich ihr Blut für andere geben.

## Landtag beharrt auf Vertraulichkeit seiner Gutachten

Die Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages sollen nach Willen des Parlaments weiterhin vertraulich bleiben. Mit dieser Rechtsauffassung geht der Landtag in ein entsprechendes Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht. Konkret geht es um einen Passus im Informationszugangsgesetz, der die „gutachterliche oder rechtsberatende Tätigkeit im Auftrag einer oder mehrerer Fraktionen“ von dem in der Landesverfassung verankerten Transparenzgebot ausnimmt. Gegen diese Ausnahme gibt es eine Klage vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG). Der Kläger will erreichen, dass der Landtag die Gutachten für die abgelaufene Wahlperiode offenlegt. Das OVG hat den Rechtsstreit ausgesetzt, bis das Verfassungsgericht Stellung bezogen hat. Der Landtag hat Ende August einstimmig betont, dass er den Sonderstatus der Parlamentsjuristen „nicht für verfassungswidrig“ hält. Zudem tritt er dem Verfahren bei und ernennt einen Verfahrensbevollmächtigten.

## Bundesverdienstkreuz für Stefan Schmidt

Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Stefan Schmidt, ist Mitte September mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Ministerpräsident Daniel Günther handigte dem 80-jährigen die Auszeichnung des Bundespräsidenten in Kiel aus.

Schmidt setzte sich seit Jahren „mit großem Engagement und Leidenschaft“ für das Menschenrecht auf Schutz vor Verfolgung ein, heißt es zur Begründung. Bevor er das beim Landtag angesiedelte Amt des Flüchtlingsbeauftragten antrat, war er unter anderem Kapitän des Rettungsschiffes „Cap Anamur“. Im Sommer 2004 rettete er in dieser Funktion 37 Schiffbrüchigen aus dem Mittelmeer.

Als Flüchtlingsbeauftragter bringt sich Schmidt gemeinsam mit seinen sechs Mitarbeitern in landes- und bundespolitische Debatten um Migration, Integration und Flucht ein. Er sei „dankbar für diese Ehrung, auch weil sie gegen Ende meiner Amtszeit noch einmal den Scheinwerfer auf Geflüchtete und Zugewanderte richtet, die wir gemeinsam mit vielen anderen im Land solidarisch unterstützen wollen“, sagte Schmidt.



**Weitere Personalien auf Seite 13**



Das Atomkraftwerk Brokdorf an der Elbe soll abgeschaltet bleiben – trotz Energiekrise.

## Wind statt Atom: Landtag bekräftigt Nein zur Kernenergie

**Angesichts der Energiekrise wird bundesweit über einen Weiterbetrieb der drei noch laufenden deutschen Atomkraftwerke diskutiert. Ursprünglich sollten die AKW Emsland in Niedersachsen, Isar 2 bei München und Neckarwestheim 2 zwischen Heilbronn und Ludwigsburg Ende des Jahres vom Netz gehen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte dies Anfang September bekräftigt. Ende des Monats bezeichnete er es jedoch als wahrscheinlich, dass die beiden Meiler in Bayern und Baden-Württemberg bis Ende März laufen. Im Landtag zeigte sich Anfang September nur die FDP als vehemente Unterstützerin der Kernkraft.**

Der Plan der Liberalen, alle drei noch laufenden Kraftwerke am Netz zu lassen, stieß auf breite Ablehnung. Auch der Vorschlag, einen Neustart des zum Jahresbeginn abgeschalteten Meilers in Brokdorf zu prüfen, fiel durch. „Es droht ein gravierender Energiemangel, den man auch mit Hilfe der Kernkraft bekämpfen sollte“, sagte der FDP-Abgeordnete Oliver Kumbartzky: „Kein Land der Welt würde in einer solch schweren Energiekrise ohne Not funktionierende Kraftwerke vom Netz nehmen.“

„Wollen Sie das wirklich?“, fragte Andreas Hein (CDU) die Liberalen. Brennelemente seien am Markt aktuell kaum verfügbar, diese kämen größtenteils aus Russland, und Brokdorf habe ohnehin keine Betriebsgenehmigung. „Ein AKW ist kein Auto, bei dem man mal eben nachtankt und dann zum TÜV geht“, so Ulrike Täck (Grüne). CDU und Grüne stellten sich in einem eigenen Antrag hinter den Kurs der Bundesregierung, Kohle als Übergangstechnologie zu verwenden, und forderten darüber hinaus mehr Förderung für Windstrom und Biogas.

Auch die Sozialdemokraten stimmten für den schwarz-grünen Antrag. Der Abgeordnete Marc Timmer warf der FDP vor, „olle Kamellen“ zu verbreiten. Die richtige Antwort auf die Krise sei es, die Energiewende zu vollenden: „Dabei müssen wir wirklich einmal konsequent sein.“ Der SSW lehnte sowohl den FDP-Kurs als auch die Koalitionslinie ab und forderte einen raschen Netzausbau für die Windkraftanlagen im Lande. „Wir diskutieren über einen Energiemangel und schalten trotzdem regelmäßig unseren sauberen, billigen Windstrom ab, weil wir ihn im Jahr 2022 immer noch nicht abtransportieren oder speichern können“, stellte die Abgeordnete Sybilla Nitsch fest. Energiewendeminister Tobias Goldschmidt (Grüne) warf der FDP vor, mit ihrem Vorstoß „Spielchen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kraftwerken“ zu treiben.

## Strengere Regeln für Benzinpreise: SSW-Vorschlag fällt durch

**Autofahrer kennen das: Tankstellen ändern manchmal mehrmals am Tag ihre Preise – meist nach oben. Der SSW will den Markt stärker regulieren, stieß damit im Landtag aber auf breite Ablehnung. Das Parlament diskutierte das Thema am 1. September, dem Tag, an dem der Tankrabatt ausgelaufen ist.**

Nach Vorschlag des SSW sollten Preiserhöhungen an Tankstellen nur noch einmal wöchentlich erlaubt sein. Preissenkungen sollen demnach hingegen jederzeit möglich sein. An Feiertagen und in den Ferien soll die „Preiswillkür“ gänzlich untersagt werden, so

der Plan. Und: Benzinpreise dürften künftig nur noch in vollen Euro und Cent angegeben werden. „Andere Länder machen es vor“, verwies die Abgeordnete Sybilla Nitsch auf die österreichische Spritpreisverordnung. Dort drohen Strafgebußen, wenn die Tankstellen ihre Benzinpreise zu oft ändern. „Das System hat sich so gut bewährt, dass wir es auch übernehmen sollten“, so Nitsch.

In einer sozialen Marktwirtschaft sei es nicht die Aufgabe des Staates, die Preise zu diktieren, entgegnete Lukas Kilian (CDU). In Ländern mit derartigen Vorgaben sei „der Durchschnittspreis regelhaft höher“ als in Deutsch-

land. „Die Ölkonzerne würden die Preise zwar weniger häufig, aber mit größeren Schritten steigern“, merkte Ulrike Täck (Grüne) an: „Die verzichten doch nicht auf Preiserhöhungen.“ Birgit Herdejürgen (SPD) sah das ähnlich: „Dieser Antrag suggeriert eine Lösung, die es nicht gibt.“ Die Konzerne würden auf einem regulierten Markt „immer den höchstmöglichen Preis ansetzen“, sagte Bernd Buchholz (FDP), und Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) befürchtete „mehr Bürokratie“ und „Überwachungsaufwand“, falls der Staat die Preiserhöhungen kontrollieren müsste.



Erste Regierungserklärung nach der Wahl: Ministerpräsident Daniel Günther stieß im Plenum auf Beifall und Widerspruch.

## Günther will Energiewende vorantreiben – Opposition vermisst klaren Kurs

**Energiekosten, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Krise – das sind für Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) die größten Herausforderungen für die schleswig-holsteinische Politik in den kommenden Jahren. Unter dem Motto „zusammenhalten – zusammen gestalten“ stellte Günther Ende August das Programm seiner schwarz-grünen Koalition im Landtag vor. Die Opposition übte teils scharfe Kritik: CDU und Grüne böten Formelkompromisse statt konkreter Lösungen.**

„Nach zwei Wintern mit Corona gehen wir nun erneut auf eine ungewisse kalte Jahreszeit zu“, so Günther in seiner ersten Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl als Ministerpräsident. Der Staat werde nicht alle Lasten ausgleichen können, aber „wir werden alles tun, um auch das gemeinsam durchzustehen“. Günther unterstrich den Plan der Koalition, das Land bis 2040 klimaneutral zu gestalten: „Wir wollen die ersten sein, die das schaffen.“ Ein Kernpunkt: „Wir werden noch stärker als bisher unsere eigene Energie hier ernten, speichern und verwenden.“ Energie werde zum entscheidenden Standortfaktor. In Schleswig-Holstein könnten sich Unternehmen künftig direkt mit grünem Strom versorgen.

SPD-Oppositionsführer Thomas Losse-Müller warf der Landesregierung vor, sich zu wenig um den sozialen Zusammenhalt zu kümmern. Günther nehme ganze Teile der Gesellschaft nicht in den Blick: „Mein Eindruck ist, dass wir in zwei unterschiedlichen Ländern leben“ – einem, für das Schwarz-Grün Politik mache, und einem, das sorgenvoll in die Zukunft schaue, so Losse-Müller. Viele

Menschen hätten nichts von Zuschüssen für die energetische Sanierung von Eigenheimen oder von der Unterstützung für E-Autos.

Den Deutschen stehe „der erste Kriegswinter seit Ende des Zweiten Weltkriegs bevor“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Vor diesem Hintergrund forderte er Signale aus Berlin: „Was wir in Krisenzeiten brauchen, ist ein klarer Kurs und Geschlossenheit.“ Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter äußerte ebenfalls Kritik an der Bundespolitik. Während die Grünen als Regierungspartei in

Berlin in vielen Bereichen „über ihren Schatten“ springen würden, blockiere FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner „alles“.

„Immer nur auf den Bund zu zeigen, ist ganz dünne Soße“, entgegnete Christopher Vogt (FDP). Er sprach von einem „erstaunlich passiven Start“ der Kieler Koalition. Auch das Land habe eine Verantwortung bei der Entlastung der Bürger, so Vogt. Er sprach sich für die Stärkung von grünem Wasserstoff und ein Solarkataster für landeseigene Gebäude aus. Aus Sicht von SSW-Fraktionschef Lars Harms tut die Koalition nicht genug, um die Geldbeutel der Menschen zu schonen. So lehne Schwarz-Grün eine Mietpreisbremse ab und weigere sich, die Kita-Gebühren drastisch zu senken. Harms verlangte eine Planung für Photovoltaikanlagen in der Fläche und die Fortsetzung des Neun-Euro-Tickets.

### Sparkonzept fürs Landeshaus

Im Landeshaus werden der Strom- und der Wärmeverbrauch im kommenden Herbst und Winter heruntergefahren. Darauf hat sich der Ältestenrat Ende August verständigt. Die Raumtemperatur in den Büros der Fraktionen und der Verwaltung sowie in den Sitzungszimmern wird auf 19 Grad abgesenkt, das Warmwasser in den Toiletten und Teeküchen wird abgestellt, und die Fassadenbeleuchtung wie auch die Beleuchtung der Kunstwerke im Außenbereich werden gedrosselt. Zudem werden die Fenster, das Dach und der Keller energetisch saniert.

# Nachtragshaushalt: Schwarz-Grün beschließt Entlastungspaket

**Ukraine-Krieg und steigende Energiepreise belasten den schleswig-holsteinischen Landeshaushalt schwer. Mit direkten Hilfen, Wirtschaftsdarlehen und Investitionen in die Energiewende wollen CDU und Grüne die drohende Wirtschaftskrise abfedern. Schwarz-Grün kümmere sich nicht um die konkreten Sorgen der Menschen, hieß es bei SPD, FDP und SSW.**

Ein Kernpunkt des Hilfsprogramms ist der dritte Nachtragshaushalt dieses Jahres. Er beinhaltet einen zusätzlichen Bürgschaftsrahmen von 500 Millionen Euro für Unternehmen, die wegen hoher Energiekosten in Not geraten sind. Zudem fließen bis zu 170 Millionen Euro in das Sondervermögen IMPULS, um steigende Baupreise abzufedern und die energetische Sanierung von Landesliegenschaften voranzubringen. Dieses Geld stammt aus Einsparungen im Haushalt. Ein weiteres Landes-Entlastungspaket in Höhe von 180 Millionen Euro enthält Geld für Energie- und Schuldnerberatung sowie einen „Härtefallfonds“ für Bürger, Vereine und Verbände. Die Kita-Gebühren sollen befristet sinken, und Kindergärten, Schulen und Hochschulen werden bei der energetischen Sanierung unterstützt. Dieses Geld stammt aus dem Notkredit, den der Landtag nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verabschiedet hatte (siehe S. 8).

„Nicht alle Belastungen werden mit Steuergeldern kompensiert werden können“, merkte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) an. Die Landesregierung fahre einen „klaren Kurs“ und habe den „Willen zum Dialog mit allen Beteiligten“ gezeigt, etwa beim „Energiegipfel“ mit Verbänden und Kommunen Anfang September. Für die Zukunft erwarte sie weitere Belastungen für den Landeshaushalt, so Heinold: „Wir werden vermutlich mit den Steuereinnahmen nicht auskommen.“

Genauereres könne sie nach der Steuerschätzung im Oktober sagen. Allein das Hilfspaket des Bundes werde das Land im kommenden Jahr 420 Millionen Euro kosten.



SPD-Oppositionsführer Thomas Losse-Müller: „Die Energiekrise stellt unser Land vor die größte politische und ökonomische Herausforderung seit der Wiedervereinigung.“

„Das Geld ist da“, stellte Oppositionsführer Losse-Müller fest: „Aber was machen sie? Sie stecken es in Landesliegenschaften.“ Bei der Frage „Soziales oder Klima“ entscheide sich die Koalition stets für das Klima. „So werden wir Zusammenhalt nicht organisieren können“, mahnte der Sozialdemokrat. „Wir müssen das Geld zu den Haushalten bringen, die gerade kein Geld haben.“ Losse-Müller forderte einen „aktiven Staat, der sich kümmert“.

„Kein anderes Bundesland hat bisher ein derartiges eigenes Entlastungspaket auf den Weg gebracht“, betonte CDU-Fraktionschef

Tobias Koch und attackierte die „eklatanten Lücken“ im Hilfspaket des Bundes, die die Landesregierung nun ausgleiche. Er forderte mehr Hilfen aus Berlin, etwa für Stadtwerke, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen: „Sonst gehen in Deutschland bald die Lichter aus, und das ist dann keine Energiesparmaßnahme.“ Sein Grünen-Kollege Lasse Petersdotter prangerte dagegen die „Verantwortungsverweigerung der CDU in den letzten 16 Jahren“ an. Während der Regierungszeit der Union sei eine „bewusst verantwortete Abhängigkeit von Russland und fossilen Energien“ entstanden. Kritik an der Landesregierung wies er zurück: „Die Koalition handelt geschlossen. Es wäre schön, wenn das im Bund genauso gehen könnte.“

„Nichts kann diese Landesregierung besser, als Forderungen an den Bund zu stellen“, monierte Christopher Vogt (FDP). Im Land trete Schwarz-Grün hingegen auf die Bremse. Er forderte weitere Wirtschaftshilfen sowie Unterstützung für Krankenhäuser, Stadtwerke und den ÖPNV. Auch Vogt kritisierte die Klimaschutzpläne der Koalition: „Wärmepumpen sind doch kein Ansatz, um den Menschen in dieser Situation konkret zu helfen.“ Das „ganz große Manko“ sei, so Lars Harms (SSW), „dass dieser Nachtragshaushalt keine direkten und wirklich wirksamen Entlastungen für die breite Masse der Bevölkerung bringt“. Er forderte eine Nachfolgelösung für das Neun-Euro-Ticket, beitragsfreie Kitas in den Wintermonaten und mehr Hilfen für die dänischen Schulen: „Auch dänische Schülerinnen und Schüler sollen nicht frieren müssen.“



Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Zur Bewältigung dieser extremen Herausforderungen muss der Staat die notwendigen finanziellen Hilfen zur Verfügung stellen.“

CDU-Fraktionschef Tobias Koch: „Jetzt zu hoffen, dass überall dort, wo die Hilfen des Bundes nicht ausreichen, das Land einspringen wird, wäre eine falsche Erwartungshaltung.“





### Anfang September: Wenige Tage nach der Landtagsdebatte ...

... über ein Entlastungspaket treten in Berlin Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, 2.v.l.), der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour (li.), Christian Lindner, FDP-Vorsitzender und Bundesfinanzminister, und Saskia Esken, Vorsitzende der SPD, vor die Presse. Sie verkündeten Finanzhilfen und Steuererleichterungen: eine Strompreisbremse für Privathaushalte und Unternehmen, Energiesparpauschalen für Rentner und Studenten, einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, eine Erhöhung des Hartz-IV-Satzes und des Kindergeldes, eine Entlastung bei der Einkommenssteuer und ein günstiges Abo-Ticket für den Nahverkehr.

## SPD scheitert mit 100-Millionen-Entlastungsprogramm

**Auch das Land soll seinen Beitrag leisten, um Menschen mit geringem Einkommen von den steigenden Lebenshaltungskosten zu entlasten. Das sieht das Paket von Schwarz-Grün vor, das der Landtag Ende September abgesegnet hat (siehe Seite 7). Bereits vier Wochen zuvor hatte die SPD einen eigenen Forderungskatalog im Volumen von 100 Millionen Euro vorgelegt, den Schwarz-Grün und SSW aber ablehnten. Die FDP enthielt sich.**

Die SPD wollte mit 50 Millionen Euro die Härtefallfonds kofinanzieren, die Kommunen, Energieversorger und Wohnungsunternehmen für Menschen in Not aufliegen. 30 Millionen wollten die Sozialdemokraten in Energiesparmaßnahmen und zehn Millionen in die Beratung über Wohngeld und Energiespartipps stecken. Je fünf Millionen Euro waren für eine Wohngeld-Werbekampagne und für die Verbraucher- und Schuldner-

beratung geplant. Für besonders wichtig hielt es SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller, mehr Berechtigten zu Wohngeld zu verhelfen. Die Zahl der Empfänger schätzte er auf 25.000, ein Recht darauf hätten aber wahrscheinlich 100.000. Die Sozialdemokraten wollten ihre Vorhaben aus dem Notkredit finanzieren, den der Landtag zur Abfederung von Folgekosten des Ukraine-Kriegs beschlossen hatte (siehe unten).

Die Regierungskoalition lehnte das SPD-Paket ab und verwies stattdessen auf Berlin. Es sei „ein absolutes Armutzeugnis für die Bundesregierung, keinen Plan zu haben“, so CDU-Fraktionschef Tobias Koch. An den Bund gerichtet verlangte er „einen Preisdeckel für den Grundbedarf an Energie“. Schwarz-Grün wolle die Maßnahmen der Bundesregierung „flankieren“, betonte Lasse Petersdotter (Grüne). Aber: „Nicht der Bund muss auf 16 Entlastungspakete der Länder, sondern die Länder auf ein Entlastungspaket des Bundes reagieren.“ Wenige Tage danach legte der Bund eigene Pläne vor (siehe Bildbeschreibung oben).

## Wegen Steuer-Plus: Corona-Kredit um 2,1 Milliarden Euro gesenkt

**Die Steuereinnahmen sprudeln – und das Land muss weniger Schulden aufnehmen, um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Der entsprechende schwarz-grüne Beschluss stieß bei SPD und FDP Anfang September allerdings auf Widerspruch.**

Der Notkredit von 5,5 Milliarden Euro, den der Landtag im Jahr 2020 eingerichtet hat, wird deutlich verkleinert: um weitere 2,1 Milliarden Euro. Das hat das Parlament mit den Stimmen von CDU, Grünen und SSW beschlossen. Für diesen Schritt war eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, die die Koalition auch ohne den SSW gehabt hätte. Im April hatte das Parlament bereits 400 Millionen Euro aus dem Corona-Kredit in die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs umgeleitet. Hiervon wiederum fließen 180 Millionen Euro in das Entlastungspaket des Landes (siehe Seite 7). Die SPD wollte daraus ein eigenes Hilfspaket

finanzieren (siehe oben). Künftig umfasst der Notkredit noch 3,045 Milliarden Euro. Die Verbindlichkeiten sollen ab 2024 bis 2052 zurückgezahlt werden.

Angesichts der positiven Mai-Steuerschätzung sei eine „Anpassung geboten“, sagte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Zudem sei es jetzt wichtig, „nicht in die Krise hineinzusparen“, sondern zusätzlich zu investieren. Ein Teil der Kreditsumme, insgesamt knapp 450 Millionen Euro, wandert in das Infrastruktur-Sondervermögen IMPULS. Diese Mittel sind beispielsweise für das Uni-

Klinikum UKSH, für den Schulbau, für die Wohnraumförderung, für Digitalisierung, für Radwege und für Plätze in der Kurzzeitpflege reserviert.

Annabell Krämer (FDP) warnte davor, den Haushalt „kreditfinanziert aufzublähen“ und pochte auf die Schuldenbremse in der Landesverfassung. Ein Gegenantrag der FDP, das IMPULS-Programm ausschließlich aus Haushaltsüberschüssen zu füttern, wurde aber von allen anderen Fraktionen abgelehnt. SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller hielt die geplanten Ausgaben hingegen für zu gering. Allein die Klimakrise „als größte Krise unserer Zeit“ erfordere Investitionen des Landes von fünf bis zehn Milliarden Euro.



### Ende September: Einen Tag vor der Landtagsdebatte...

... kommt Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) in Berlin mit seinen Amtskollegen aus den anderen 15 Ländern zusammen. Ein Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) fällt wegen dessen Corona-Infektion aus. Im Plenum kritisiert Günther die Bundesregierung scharf: „Der Bund ist nicht verhandlungsfähig. Es fehlt derzeit an Kommunikation und einem vernünftigen Austausch mit den Ländern.“ In der folgenden Woche kommt es zum Gipfel mit Scholz und den Landeschefs. Allerdings: Bei der Frage, wie die Kosten des Entlastungspakets verteilt werden sollen, gibt es keinen Durchbruch.



## Debatte über Prioritäten

# Strompreise, Wärmepumpen, Kita-Gebühren

**Welches ist der beste Weg, um Menschen und Unternehmen in der aktuellen Situation zu unterstützen? Darüber hat der Landtag Ende September diskutiert. CDU-Vertreter griffen die Bundesregierung an, SPD und FDP warfen der schwarz-grünen Koalition im Lande Versäumnisse vor.**

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) berichtete vom Treffen der 16 Landeschefs am Vortag. Es habe einen „Schulterschluss“ zu den Themen Preisdeckel auf Strom und Gas, zielgenaue Wirtschaftshilfen, Ausbau des Nahverkehrs und faire Lastenverteilung gegeben. Darauf müsse sich der Bund einlassen: „Wir haben keine überbordenden Forderungen“, betonte Günther. Oppositionsführer Thomas Losse-Müller (SPD) forderte einen Härtefallfonds auf Landesebene. Zudem koste die von der Koalition auf den Weg gebrachte Senkung der Kita-Beiträge für Eltern mit geringen und mittleren Einkommen eher 25 Millionen Euro statt der geplanten 15 Millionen - und könne damit die anvisierte Unterstützung von Härtefällen gefährden. Die

von der Koalition beschlossenen Bürgschaften brächten keine Entlastung für die Wirtschaft. „Und 170 Millionen Euro gehen in Landesliegenschaften und nicht in Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger“, so Losse-Müller. „Wir wollen alle Eltern bei den Kitagebühren entlasten“, so FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Eine Gebührensenkung um zehn Prozent würde lediglich 34 Millionen Euro kosten. Eine Regierung, die 75 Millionen Euro für ein Wärmepumpen-Programm bereitstelle, müsse auch dafür Geld haben. Lukas Kilian (CDU) rief dagegen den Bund auf, endlich in die Gänge zu kommen: „Im Land haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, die Opposition sollte sich aber auch mal die Mühe machen und die Landespolitik verfolgen.“

Sie teile das Ziel, „Menschen mit geringen Einkommen gezielt bei der Wärmewende zu unterstützen“, sagte Nelly Waldeck (Grüne). Eine effektive Maßnahme sei „die Dekarbonisierung von Fernwärmenetzen“. So könnten viele Häuser, gerade mit Mietwohnungen, „gemeinsam dekarbonisiert werden“. Diese Aussage habe ihn „empört“, so Lars Harms (SSW): „Menschen, die nichts haben, die Empfehlung zu geben, sie sollen sich dekarbonisieren, ist wirklich nur noch unfassbar.“

### Disput um „Dekarbonisierung“

Das sei „eine Missachtung der wirklich armen Bevölkerung in unserem Land“. Die Grünen-Abgeordnete Eka von Kalben betonte, ihre Fraktion halte es für „genau richtig, dass wir in erster Linie an die Menschen denken, die wirklich wenig Geld haben. Es sei aber „genauso richtig, dass wir langfristig das Problem des Klimawandels im Blick behalten müssen“.

## „Derzeit droht keine Gasmangellage“

**Schleswig-Holstein droht im kommenden Winter aller Voraussicht nach kein Gasangel. Aber: „Gas wird teuer bleiben.“ Das betonte Energiewendeminister Tobias Goldschmidt (Grüne) am 28. September. Am Morgen waren erstmals Lecks in den Nordstream-Pipelines in der Ostsee zwischen Russland und Deutschland entdeckt worden.**

Die Versorgungssicherheit sei nach aktuellem Stand gewährleistet, und Deutschland könne „vergleichsweise gut durch den Winter kommen“, sagte der Minister. Der Grund für steigende Gaspreise liege im importierten

Flüssiggas (LNG). Dies sei grundsätzlich teurer als russisches Pipeline-Gas. Vor diesem Hintergrund rief Goldschmidt zum Energiesparen auf: „Jede Kilowattstunde, die wir einsparen, führt dazu, dass wir sicher durch den Winter

kommen.“ 91 Prozent der deutschen Gasspeicher seien Ende September gefüllt. Dieser Wert sei „besser als prognostiziert und gesetzlich vorgesehen“. Geplant ist eine 95-Prozent-Quote bis 1. November. Die Landesregierung habe für eventuelle Notlagen einen Krisenstab eingerichtet, in dem das Innen-, das Wirtschafts- und das Sozialministerium sowie Kommunen, Bundeswehr und Bundespolizei vertreten sind, berichtete Goldschmidt.

## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.  
Diesmal: die zweite Ölkrise und der Preisschock an deutschen Tankstellen.

1979:

### Das Öl wird knapp – „Sparen, sparen, sparen!“

Ein Krieg in einer anderen Ecke der Welt führt zu wirtschaftlichen Turbulenzen und steigenden Preisen in Deutschland, und die Politik appelliert an die Menschen, möglichst viel Energie zu sparen. Dieses Szenario erinnert an die aktuelle Situation angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine. Doch die Rede ist vom Jahr 1979. Damals geht es nicht um Gas aus Russland, sondern um Öl aus Nahost. Die islamistische Revolution im Iran stürzt den Schah vom Thron, und das neue Regime der schiitischen Mullahs wird kurz darauf vom Nachbarland Irak in einen jahrelangen Krieg verwickelt. Der erste Golfkrieg veranlasst das Erdölkartell OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries), die Preise für Rohöl anzuheben – allein im ersten Halbjahr 1979 um 60 Prozent. Entsprechend tief müssen deutsche Autofahrer in die Tasche greifen. Normal- und Superkraftstoff kosten erstmals mehr als eine Mark pro Liter, und auch der Preis für Diesel und Heizöl steigt. Vor diesem Hintergrund debattiert der Landtag am 3. Juli 1979 in einer Aktuellen Stunde über „die Entwicklung der Ölpreise und die Sicherstellung der Ölversorgung in Schleswig-Holstein“. Es geht dabei auch um den Ausbau der Atomkraft, um Geschwindigkeitsbegrenzungen, um Gas und Kohle und um soziale Verwerfungen – ganz wie heute.

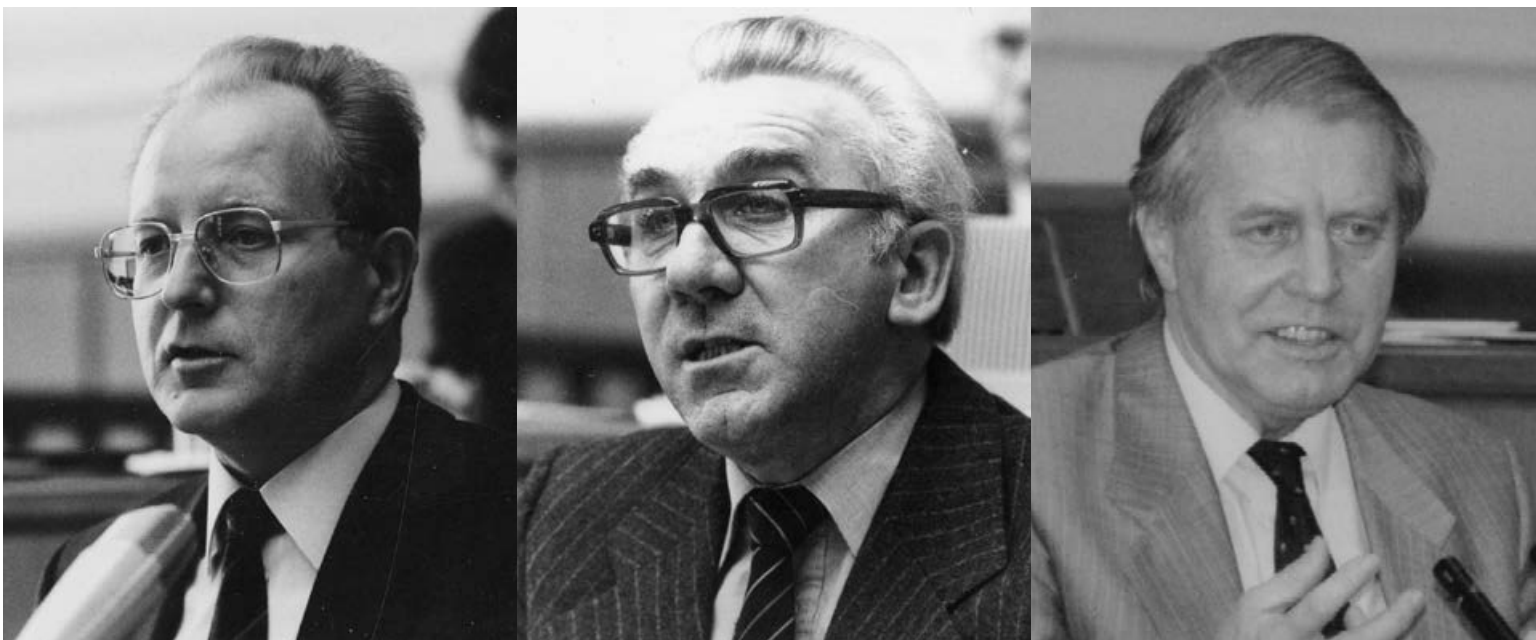


Im Sommer 1979 taucht an deutschen Tankstellen zum ersten Mal die „1“ vor dem Komma auf: Benzin kostet mehr als eine Mark pro Liter.

#### Schon damals: Reizthema Atomkraft

„Das Gebot der Stunde kann an sich nur lauten: Öl sparen, sparen und nochmals sparen!“, mahnt der SPD-Abgeordnete Karl Heinz Luckhardt. Der spätere Kieler Oberbürgermeister verweist auf die erste Ölkrise der Jahre 1973/74, als es sogar Sonntagsfahrverbote gab. Der damalige Schock sei viel zu schnell verdrängt worden, so Luckhardt: „Zunächst wurde der Ernst der Lage erkannt, dann wurde er aber schnell wieder vergessen.“ Diesen Punkt unterstreicht der CDU-Abgeordnete Roger Asmussen: „Ich stelle fest, dass im Jahr 1974 der Anteil des Öls als Primärenergieträger 51,5 Prozent betrug, und dass im Jahre 1978 dieser Anteil auf 52,8 Prozent gestiegen ist“ – und das „trotz großer Absichtserklärungen der Bundesregierung“. Der CDU-Politiker attackiert das sozialliberale Kabinett unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD).

In einem Punkt ist sich die Union aber mit dem Sozialdemokraten im Bonner Kanzleramt einig. Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) zitiert sogar den SPD-Kanzler wörtlich: „Die Kernkraft muss ihren Beitrag zu der Energieversorgung leisten, die wir für ein weiteres Wirtschaftswachstum brauchen.“ Dies ist ein Seitenhieb auf die schleswig-holsteinische SPD, die, anders als der Bundeskanzler aus Hamburg, auf Anti-Atom-Kurs ist. Der SPD-Parlamentarier Ernst-Wilhelm Stojan warnt dann auch vor „falschen Argumenten für einen forcierten Ausbau der Kernkraftwerke.“ Denn: „Die Verknappung von Rohöl ist nicht durch einen weiteren Ausbau von Kernkraftwerken auszugleichen. Die Kerntechnologie löst weder die Energieprobleme im Verkehrsbereich noch etwa bei der Raumheizung.“ Die FDP, Koalitionspartner der SPD im Bund, sieht das anders: „Wenn



Die Bonner Politik steht im Landtag am Pranger: Roger Asmussen (CDU, li.) kritisiert Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Sozialdemokrat Ernst-Wilhelm Stojan (Mitte) stellt sich gegen Schmidts Atompläne, und Karl Otto Meyer (SSW, re.) ärgert sich über Bundespolitiker, die in Schleswig-Holstein Wahlkampf machen.

ich an unterschiedliche Energiequellen denke, dann gehört in der heutigen Situation auch die Kernenergie dazu, mit aller Skepsis, mit der man diese Form der Energiegewinnung betrachten muss“, so der Fraktionsvorsitzende Uwe Ronneburger.

### Benzinsparen mit Tempo 100?

Neben der Atomenergie erscheinen damals Erdgas und Kohle als die besten Alternativen zum Öl. „Beim Erdgas haben wir große Fortschritte gemacht“, betont Minister Westphal. „Der Erdgasverbrauch stieg in unserem Lande 1978 um 21 Prozent. Das ist ebenfalls ein Stück Versorgungssicherheit. Die Palette der Energieversorgung ist dadurch breiter geworden.“ In Schleswig-Holsteins Kohlekraftwerken solle zudem günstige Kohle aus anderen Ländern verfeuert werden, meint der CDU-Abgeordnete Asmussen: „Importkohle ist praktisch nur halb so teuer wie die deutsche Steinkohle.“ Damals sind Kolumbien und die USA große Kohle-Lieferanten. Von Wind- und Solarenergie ist nur am Rande die Rede.

Der SPD-Abgeordnete Uwe Gunnesson macht einen auch heute noch aktuellen Vorschlag zum Benzinsparen: ein Tempolimit auf Autobahnen. Er sei „ein leidenschaftlicher Anhänger der Begrenzung der Geschwindigkeit auf 100 Stundenkilometer“, so Gunnesson: „Man braucht nur mal nach Skandinavien zu fahren. Dort wird man sehr schnell erleben, dass beim Fahren mit dem Individualfahrzeug größere Rücksicht

herrscht.“ Mit dieser Idee können jedoch CDU und FDP nicht viel anfangen. Karl Otto Meyer (SSW) sieht ebenfalls Sparpotenzial im Verkehrsbereich. Er ruft Bundespolitiker auf, nicht mehr zu Wahlkampfauftritten nach Schleswig-Holstein zu reisen: „Dann würden wir viel Benzin und Flugzeugtreibstoff sparen. Die Bonner und die anderen Politiker brauchen wir gar nicht.“

### Drastische Einschnitte im Sozialbereich

Die sozialen Folgen von steigenden Energiepreisen und galoppierender Inflation bereiten auch damals Sorgen. „Insbesondere für die einkommensschwachen Haushalte wird es problematisch“, stellt Hans Wiesen (SPD) fest. Der spätere Landwirtschaftsminister fordert eine „Politik des sozialen Ausgleichs“, um „die finanziell Schwächeren zu begünstigen, so dass sie durch die jetzigen Preisverwerfungen beim Heizöl nicht über den Rand der Wirtschaftsfähigkeit, der Existenzfähigkeit gedrückt werden“. Wie das gehen könnte, stellt SSW-Mann Meyer dar: „Es bestünde die Möglichkeit, die Preissteigerung durch den Wegfall der Mehrwertsteuer aufzufangen.“ Der Mehrwertsteuersatz beträgt damals 13 Prozent. Auch die Kfz-Steuer sei ein Ansatzpunkt, findet der Liberale Ronneburger. Er macht sich für Ermäßigungen stark, wenn das Auto in der Garage bleibt: „So könnte beispielsweise festgelegt werden, dass diejenigen, die nur wenige Kilometer im Jahr fahren, nicht den gleichen Beitrag an der Kraftfahrzeug-

steuer zu zahlen haben wie diejenigen, die die Straßen und auch den Energieverbrauch des gesamten Jahres in sehr viel stärkerem Maße belasten.“ Die Aktuelle Stunde endet mit einem Aufruf des Sozialdemokraten Stojan: „Weg von der Verschwendungsmentalität, hin zu konsequenter Sparsamkeit!“

Die Folgen der zweiten Ölkrise sind langfristig. Die westdeutsche Wirtschaft wird deutlich härter getroffen als sechs Jahre zuvor, bei der ersten Krise. Das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik, das 1976 noch sechs Prozent betrug, sinkt bis 1980 auf 1,2 Prozent. 1982 geht die Wirtschaftsleistung sogar um 1,5 Prozent zurück. Dagegen steigt die Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent im Jahr 1980 auf 9,1 Prozent 1983. Erstmals nach langen Jahren des Aufschwungs sind wieder mehr als eine Millionen Menschen erwerbslos. Die Folgen: Die Sozialkassen werden belastet, die Steuereinnahmen brechen ein, und die öffentlichen Haushalte schreiben rote Zahlen. Die Bonner SPD/FDP-Koalition reagiert mit Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen bei Arbeitslosenversicherung und Kindergeld. Die Freien Demokraten fordern noch drastischere Einschnitte – und dieser Streitpunkt ist einer der Gründe dafür, dass im Herbst 1982 die sozialliberale Regierung in Bonn zerbricht.

**Karsten Blaas**

# Senioren fordern: Engagement für die Gesellschaft besser honorieren

Mehr Unterstützung fürs Ehrenamt, mehr Geld für die Pflege – das sind Kernforderungen des schleswig-holsteinischen Altenparlaments, das Mitte September zum 34. Mal im Landeshaus zu seinem jährlichen Treffen zusammengelassen ist.

Die 60 Delegierten aus Sozialverbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien sind alarmiert über den Nachwuchsmangel in vielen gemeinnützigen Vereinen und fordern, ehrenamtlich engagierte Menschen besserzustellen. Mit Blick auf die aktuell steigenden Preise soll die Landesregierung ihre Zuschüsse in diesem Bereich aufstocken, lautet eine Forderung. Aufwandspauschalen von bis zu 520 Euro für Tätigkeiten im Sport, in der Jugendarbeit oder bei der freiwilligen Feuerwehr sollen steuerfrei sein. Und: Helfer im privaten Umfeld, die in der Nachbarschaft Babysitten oder für ältere Menschen einkaufen gehen, sollen aus einem „Ehrenamts-Konto“ eine finanzielle Anerkennung erhalten.

Die Teilnehmer zwischen 60 und 85 Jahren fürchten zudem einen Pflegenotstand. Das Land und die Kommunen sollen deswegen bereits jetzt „Pflegeprognosen“ für die Jahre 2025 bis 2030 aufstellen, um für den wachsenden Bedarf gewappnet zu sein. Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser dürften nicht profitorientiert betrieben werden, heißt es in einem weiteren Antrag. Sie müssten in die kommunale Hand übergehen. Pflegenden Angehörige sollen eine Lohnersatzleistung



bekommen, vor Pflegeheimen soll tagsüber grundsätzlich Tempo 30 gelten, und die Prüfungsergebnisse des „Pflege-TÜV“ sollen veröffentlicht werden. Dies sei zwar bereits gesetzlich vorgeschrieben, werde aber oft nicht eingehalten, monieren die Altenparlamentarier.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Migrationspolitik: Das Land soll ausreichend Gelder bereitstellen, um die Migrationsberatungsstellen zu erhalten, und die Prüfungsanforderungen in der Berufsausbildung sollen für Zuwanderer vereinfacht werden. Dadurch sollen Migranten leichter Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und den Fachkräftemangel beheben helfen. Die rund 30 Beschlüsse des Altenparlaments werden nun den Fraktionen im Landtag, der

Landesregierung und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten zugeleitet.

Mit dem Altenparlament fließe der Erfahrungsschatz der älteren Generation „fruchtbar in die Arbeit des Landtages ein“, sagte Parlamentspräsidentin Kristina Herbst zu Begrüßung: „Wenn das Plenum ein ‚Schaufenster des Parlaments‘ ist, dann ist das Altenparlament heute ein Schaufenster der Generation, die unser Land über Jahrzehnte hinweg durch ihre Arbeitsleistung, ihren Einsatz und ihre Ideen geprägt hat.“ Den diesjährigen Fachvortrag hielt Dierk Hansen, Landesbeauftragter des technischen Hilfswerks THW für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Er betonte die „Kraft des Ehrenamtes“ im Zivil- und Katastrophenschutz und rief dazu auf, bei der Gefahrenabwehr „langfristiger zu denken“. Die „Blaulichtorganisationen“ bräuchten eine angemessene technische und räumliche Ausstattung, und das Thema müsse in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden. Eine allgemeine Dienstpflicht sei „eine gute Idee“, so Hansen.

Dierk Hansen ist einer von acht Landesbeauftragten des Technischen Hilfswerks in der Bundesrepublik. Seiner Organisation gehören deutschlandweit 80.000 Menschen an – zum allergrößten Teil Ehrenamtler. In Zeiten, „in denen Sicherheit nicht mehr selbstverständlich ist“, verzeichne das THW eine rege Nachfrage, berichtete Hansen vor dem Altenparlament: „Das Interesse, sich als Helfer zu engagieren, ist groß.“



## Runde Geburtstage

Der Landtag hat zahlreiche Ämter in landesweiten und internationalen Institutionen neu besetzt. Die Wahlen erfolgten jeweils einstimmig. **Tim Brockmann (CDU)** vertritt das Landesparlament im Stiftungsrat der Stiftung Schloss Eutin. **Eka von Kalben (Grüne)** ist Mitglied im Ausschuss der Regionen. **Von Kalben** und **Jette Waldinger-Thiering (SSW)** gehören als beobachtende Mitglieder dem Nordischen Rat an. Dem Verwaltungsrat der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten gehört **Heiner Rickers (CDU)** an. **Anette Röttger (CDU)** und **Sophia Schiebe (SPD)** sitzen im Stiftungsrat der Kulturstiftung Schleswig-Holstein. **Röttger** ist zudem Teil des Vorstandes des Büchereivereins Schleswig-Holstein, ebenso wie **Beate Raudies (SPD)**. **Lars Harms (SSW)** vertritt den Landtag bei der Friesenstiftung. In die Regionalkammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) entsandte das Parlament **Rasmus Vöge (CDU)** als stellvertretendes Mitglied. Der Europaausschuss wählte zudem **Birte Pauls (SPD)** in das Dialogforum Norden. Der Innen- und Rechtsausschuss benannte **Birte Glißmann (CDU)**, **Jan Kürschner (Grüne)** und **Marc Timmer (SPD)** als Mitglieder des Kuratoriums der Landesstiftung Opferschutz.

**Notausschuss:** Dem Gremium, das den Landtag im Falle einer Notlage vertritt, gehören an: für die CDU Tobias Koch, Birte Glißmann, Ole Plambeck, Kristina Herbst und Tim Brockmann, für die Grünen Lasse Petersdotter und Uta Röpcke, für die SPD Thomas Losse-Müller und Sophia Schiebe, für die FDP Christopher Vogt und für den SSW Lars Harms. Die Wahlen erfolgten Ende September einstimmig.

**Sybilla Nitsch**, SSW-Abgeordnete, ist Mitte September auf einem Parteitag in Husum in ihrem Amt als stellvertretende Landesvorsitzende bestätigt worden.

**Anke Erdmann**, Grünen-Abgeordnete von 2009 bis 2017 und anschließend bis 2019 Umwelt-Staatssekretärin, ist neue Landesvorsitzende ihrer Partei. Sie wurde auf einem Parteitag Mitte September in Neumünster gewählt.



**Ulrich Hase**, von 1995 bis 2021 Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, hat Ende September den Verdienstorden des Landes Schleswig-Holstein erhalten. Er habe sich „große Verdienste um die Etablierung der Inklusion in Politik und Gesellschaft“ erworben, heißt es in der Laudatio.



**Medienrat MA HSH:** Der Landtag hat Ende September einstimmig fünf Mitglieder des Medienrats der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) benannt: Emma Döhler vom Jungen Rat Kiel, Jürgen Koppelin, ehemaliger FDP-Bundestagsabgeordneter aus Bad Bramstedt, Manuela Ross vom Husumer Theaterverein „Et nordfriisk Teooter“, Sebastian Schulze aus Büdelsdorf, Geschäftsführer des Unternehmerverbands Mittelholstein, und den Autoren und Blogger Stefan Voß aus Kiel.

**Friedrich-Carl Wodarz** aus Bad Oldesloe, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 1. September seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Frauke Walhorn** aus Oelixdorf bei Itzehoe, von 1987 bis 2000 für die SPD im Landtag, hat am 6. September ihren 80. Geburtstag gefeiert.

**Volker Lemke** aus Lübeck, von 1983 bis 1987 für die CDU im Landtag, hat am 27. September seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Anke Spoorendonk** aus Busdorf bei Schleswig, von 1996 bis 2012 für den SSW im Landtag, von 2012 bis 2017 Justizministerin, hat am 21. September ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Ulrich Schley** aus Kölln-Reisiek bei Elmshorn, von 1988 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 28. September seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Hans-Jörn Arp** aus Wacken (Kreis Steinburg), von 2000 bis 2022 für die CDU im Landtag, hat am 6. August seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Herlich Marie Todsens-Reese** aus Malente-Gremsmühlen, von 1996 bis 2012 für die CDU im Landtag, Landtagsvizepräsidentin von 2009 bis 2012, hat am 15. August ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Herzlichen Glückwunsch!**

## Trauer um Johann Sierks

*Zum Beginn seiner August-Sitzung hat der Landtag des ehemaligen SPD-Abgeordneten Johann Sierks gedacht, der, wie erst später bekannt wurde, bereits am 19. Juni im Alter von 98 Jahren verstorben ist.*

Der 1924 in Dithmarschen geborene Sierks schloss sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung an. 1944 war er der Waffen-SS beigetreten, „verführt, ja verblendet“ vom Ungeist des NS-Regimes, wie Landtagspräsidentin Kristina Herbst anmerkte. Sierks wurde Berufsschullehrer und stieg bis 1969 zum Vorsitzenden des damaligen DGB-Landesbezirks Nordmark auf. Dieses

Amt hatte er bis 1986 inne. Dem Landtag gehörte er von 1971 bis 1979 an. „Johann Sierks war eine markante, durchaus streitbare Persönlichkeit“, so die Landtagspräsidentin. Probleme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft habe er „ebenso klar wie schnörkellos“ benannt und sich „mit Leib und Seele“ dafür eingesetzt, Missstände zu beseitigen und ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.



# Zusammenhalt, eine bunte Gesellschaft und ein starkes Parlament

Mitte September war Landtagspräsidentin Kristina Herbst 100 Tage im Amt. Dieses kleine Jubiläum haben wir zum Anlass genommen, einmal nachzufragen, wie sie auf ihrem neuen Posten angekommen ist. Der Wechsel vom Innenministerium ins Landeshaus sei ihr leichtgefallen, sagt die ehemalige Staatssekretärin. Sie fordert parlamentarischer Selbstbewusstsein, appelliert an das Gemeinschaftsgefühl in Krisenzeiten und spricht über ihre bisherigen „Highlights“ im neuen Amt.

**Frau Herbst, nach Ihrer Wahl Anfang Juni sind Sie inzwischen 100 Tage als Landtagspräsidentin im Amt. Haben Sie sich bereits ins Alltagsgeschäft eingelebt?**

„Ja, das habe ich. Mir wurde es aber auch sehr leicht gemacht, denn ich bin sehr herzlich von den Kolleginnen und Kollegen der Landtagsverwaltung empfangen worden, und so macht es mir täglich viel Freude, ins Haus zu kommen. Das Amt und das Alltagsgeschäft machen mir sehr viel Spaß. Mittlerweile habe ich vom Büro aus auch freie Sicht auf die Kieler Förde, nachdem der Ausblick zunächst von einem Gerüst versperrt war. Seitdem sitze ich noch ein bisschen lieber in meinem Büro.“

**Sie sind vom Posten einer Staatssekretärin ins Amt der Landtagspräsidentin gewechselt. Fiel es Ihnen schwer, sich vom Regierungsgeschäft auf die Rolle als oberste Repräsentantin des Parlaments umzustellen?**

„Natürlich war es ein kompletter Rollenwechsel – raus aus der Fachlichkeit, hinein in eine überparteiliche und repräsentative Funktion. Mein Anspruch an das Amt als Landtagspräsidentin war und ist es, für alle Fraktionen ansprechbar zu sein und übergreifend und integrativ zu agieren. Nicht neu war für mich die Aufgabe als Verwaltungschefin, und ich wusste, dass ich in ein gut aufgestelltes und kompetentes Haus wechseln würde.“

**Wie ist es, wenn die CDU-Abgeordnete Kristina Herbst als Parlamentspräsidentin neutral bleiben muss – auch, wenn es in einer Debatte hoch hergeht?**

„Da musste ich mich deutlich weniger umstellen. Als Staatssekretärin war ich auch neutral, musste fünf Jahre auf der Regierungsbank sitzen, ohne eine Miene zu verziehen oder beispielsweise zu klatschen. Das war eine gute Übung, um etwaige Gefühlsausbrüche auch weiterhin im Zaum halten zu können.“

**Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie dazu aufgefordert, parteipolitisch mehr „bunt“ statt „schwarz und weiß“ zu denken. Ist das Parlament auf diesem Gebiet auf einem guten Weg?**

„Das würde ich ganz klar bejahen. In den ersten Plenartagungen dieser Wahlperiode habe ich die Diskussionen als sehr lebhaft, aber auch sehr zugewandt und konstruktiv wahrgenommen. Dadurch, dass wir aufgrund der parteipolitischen Zusammensetzung eher ein ‚Parlament der Mitte‘ sind, so möchte

ich es mal nennen, können alle Fraktionen vernünftig und offen miteinander reden. Darüber hinaus ist der Landtag mit der Wahl deutlich jünger und weiblicher geworden. Nach Hamburg haben wir in Schleswig-Holstein die meisten weiblichen Landtagsmitglieder. Gerade die große Altersspanne zwischen den Abgeordneten ist eine gute Mischung – die Kombination aus frischem Wind und Erfahrung.“

**Derzeit steht im Landtag eine große schwarz-grüne Mehrheit mit 48 von 69 Sitzen einer kleinen SPD/FDP/SSW-Opposition mit zusammen lediglich 21 Sitzen gegenüber. Die Koalition hat aus eigener Kraft eine verfassungsändernde Mehrheit. Ein Stresstest für die Demokratie?**

„Als Stresstest würde ich das nicht bezeichnen, zumal es das in der Vergangenheit schon mehrfach gab – auf Bundes-, aber auch auf Landesebene. Mit Blick auf das Parlament sehe ich darin sogar eine Chance. Gerade bei einer großen Regierungskoalition liegt ein besonderer Fokus auf dem Landtag, da hier die Opposition ihre Bühne hat. Und das haben wir in den ersten Plenartagungen und in den Ausschusssitzungen auch gemerkt. Und wir haben gleich zu Beginn der Wahlperiode bereits dort nachjustiert, wo Oppositionsrechte angesichts einer großen Koalition – die dann ja auch gebildet wurde – möglicherweise zu kurz gekommen wären.“

**Auf der jüngsten Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten in Bremen wurde die „Bremische Erklärung“ verabschiedet. Darin wird eine „frühzeitige und effektive Mitwirkung der Landesparlamente“ angeregt, etwa bei Grundgesetzänderungen, bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die EU oder beim Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat. Müssen die Landtage selbstbewusster auftreten, damit ihre Beschlüsse gehört und beachtet werden?**

„Diese Kritik kann man durchaus formulieren, aber sie geht in zwei Richtungen. Das Parlament muss eigenständig seine



Landtagspräsidentin Kristina Herbst in ihrem Amtszimmer



Persönliches „Highlight“ der bisherigen Amtszeit: Anfang September begrüßte Landtagspräsidentin Herbst die Besatzung der „Gorch Fock“ im Heimathafen Kiel. Auf der fünfwöchigen Ausbildungsreise hatte das Schiff Rostock, Stettin und Helsinki angelaufen.

Auffassung vertreten und wenn nötig auch durchsetzen, definitiv. Und in manchen Fällen könnte es auch stärker die Initiative ergreifen und lauter sein. Was es aber eben auch immer braucht, ist eine angemessene mediale Öffentlichkeit. Ohne die geht es nicht. Wenn der Fokus vor allem auf der Regierung liegt, müssen wir uns in den Landtagen eben besonderes Gehör verschaffen. Meiner Wahrnehmung nach hat sich das in den vergangenen Jahren aber bereits geändert, auch angesichts der Krisen, die wir durchleben. Die Debatten zu den wichtigen Entscheidungen finden im Bundestag und in den Landtagen statt.“

**In der Corona-Pandemie haben die Regierungen teils per Verordnung weitreichende Beschlüsse getroffen, während die Parlamente nur unter erschwerten Bedingungen tagen konnten. Was muss der Landtag tun, um auch in einer möglicherweise wieder angespannten Coronalage im kommenden Winter seine Rolle als „oberstes Organ der politischen Willensbildung“ zu behaupten?**

„Vorweg möchte ich nochmal festhalten: Die Corona-Bekämpfungsverordnungen erlassen nun mal die Landesregierungen, das sieht das Infektionsschutzgesetz des Bundes so vor. Davon abgesehen hatte der Schleswig-Holsteinische Landtag aber keine Probleme, sich zu behaupten. Unser Parlament war beispielsweise das erste, das Schutzmechanismen wie Lüftung, Plexiglas

und Testen etabliert hat. Dadurch konnte binnen kürzester Zeit wieder in voller Stärke getagt werden. Außerdem hat der Landtag schon in einem frühen Stadium der Pandemie Expertenanhörungen durchgeführt, sich inhaltlich stark eingebracht, und in den Plenarsitzungen wurden die Entscheidungen immer frühzeitig und transparent debattiert. Hinzu kommt, dass der Landtag sich beispielsweise durch das Instrument eines Notausschusses für die Zukunft selbst krisenfester gemacht hat. Auch jetzt werden wir Abgeordnete uns nicht von der pandemischen Entwicklung treiben lassen – für Anfang November plant der Sozialausschuss erneut eine große Anhörung. Wir waren und sind ein handlungsfähiges, starkes Parlament und nehmen unsere Rolle als oberstes Organ der politischen Willensbildung selbstbewusst wahr.“

**In Schleswig-Holstein gibt es Sorgen wegen der Energieversorgung im kommenden Winter und wegen steigender Preise. Was entgegen Sie Menschen, die dafür die deutsche Politik verantwortlich machen?**

„Ich glaube, es dürften sich – mit wenigen Ausnahmen – alle einig sein, dass die deutsche Politik nicht dafür verantwortlich ist. Es ist selbstverständlich, dass wir Politikerinnen und Politiker die Aufgabe haben, die Gesellschaft verantwortungsvoll und so gut wie irgend möglich durch diese Krise zu führen. Das ist unser Selbstverständnis. Es

ist keine leichte Zeit, und es ist auch keine leichte Zeit, um Politik zu machen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle nicht nur um Verständnis für die Politik werben, sondern auch dazu aufrufen, sich selbst einzubringen. Gerade jetzt brauchen wir Menschen, die sich politisch engagieren und zum Beispiel um ein Mandat bei der Kommunalwahl im kommenden Jahr bewerben. Und ich möchte dazu aufrufen, dass wir zusammenstehen und uns nicht auseinanderbringen lassen. Gemeinsam können wir auch diese schwere Zeit bewältigen.“

**Ihre Amtsvorgänger hatten jeweils Schwerpunktthemen, für die sie sich in ihrer Präsidentschaft besonders eingesetzt haben. Bei Heinz-Werner Arens war das die Zusammenarbeit im Ostseeraum, bei Martin Kayenburg die Föderalismusreform, bei Klaus Schlie die Überarbeitung der Landesverfassung. Was soll das Kernstück Ihrer Präsidentschaft sein?**

„Jetzt nur einen Schwerpunkt zu nennen, greift mir zu kurz. Ich bin keine Ein-Thema-Präsidentin. Wenn das Leben und das Parlament bunt sind, dann ist es meine Amtszeit auch. Geleitet werde ich immer davon sein, eine verständliche und klare Sprache zu sprechen und auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen. Das wird sich zusammen mit diesen drei Themen als roter Faden durch meine Amtszeit ziehen: Ich möchte für das Ehrenamt werben und Menschen ermutigen, sich zu engagieren. Außerdem möchte ich nachhaltiges Denken und Handeln in den Vordergrund rücken. Und es ist mir ganz wichtig, unserer Bundeswehr, unserer Marine, unseren Soldatinnen und Soldaten immer und zu jeder Zeit Rückhalt zu geben.“

**Was war das „Highlight“ Ihrer ersten 100 Tage im Amt?**

„Ein besonderer Moment war natürlich die Vereidigung des Ministerpräsidenten und des gesamten Kabinetts. Ein weiteres Highlight war der Vorab-Besuch bei der Mannschaft der ‚Gorch Fock‘ Anfang September nach ihrer Auslands-Ausbildungsreise. Ich durfte an Bord klettern, bevor die Mannschaft selbst im Kieler Heimathafen an Land gegangen ist, und sie willkommen heißen. Das war wirklich etwas ganz Besonderes. Ich hoffe, es wird noch viele solche Momente geben!“

**Interview: Detlef Ziep, Karsten Blaas**

# Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2023

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 So <small>Neujahr</small>	1 Mi	1 Mi	1 Sa	1 Mo <small>Tag der Arbeit</small>	1 Do
2 Mo	2 Do	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr
3 Di	3 Fr	3 Fr	3 Mo	3 Mi	3 Sa
4 Mi	4 Sa	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So
5 Do	5 So	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo
6 Fr <small>Heilige drei Könige</small>	6 Mo	6 Mo	6 Do	6 Sa	6 Di
7 Sa	7 Di	7 Di	7 Fr <small>Karfreitag</small>	7 So	7 Mi
8 So	8 Mi	8 Mi <small>Int. Tag der Frau</small>	8 Sa	8 Mo	8 Do
9 Mo	9 Do	9 Do	9 So <small>Ostern</small>	9 Di <small>Europatag</small>	9 Fr
10 Di	10 Fr	10 Fr	10 Mo <small>Ostermontag</small>	10 Mi	10 Sa
11 Mi	11 Sa	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So
12 Do	12 So	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo
13 Fr	13 Mo	13 Mo	13 Do	13 Sa	13 Di
14 Sa	14 Di	14 Di	14 Fr	14 So <small>Kommunalwahl</small>	14 Mi
15 So	15 Mi	15 Mi	15 Sa	15 Mo	15 Do
16 Mo	16 Do	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr
17 Di	17 Fr	17 Fr	17 Mo	17 Mi	17 Sa
18 Mi	18 Sa	18 Sa	18 Di	18 Do <small>Christi Himmelfahrt</small>	18 So
19 Do	19 So	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo
20 Fr	20 Mo	20 Mo	20 Do	20 Sa	20 Di
21 Sa	21 Di	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi
22 So	22 Mi	22 Mi	22 Sa	22 Mo	22 Do
23 Mo	23 Do	23 Do	23 So	23 Di <small>Tag d. Grundgesetzes</small>	23 Fr
24 Di	24 Fr	24 Fr	24 Mo	24 Mi	24 Sa
25 Mi	25 Sa	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So
26 Do	26 So	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo
27 Fr <small>Holocaust-Gedenktag</small>	27 Mo	27 Mo	27 Do	27 Sa	27 Di
28 Sa	28 Di	28 Di	28 Fr	28 So <small>Pfingsten</small>	28 Mi
29 So		29 Mi	29 Sa	29 Mo <small>Pfingstmontag</small>	29 Do
30 Mo		30 Do	30 So	30 Di	30 Fr
31 Di		31 Fr		31 Mi	

## April 2023: 20 Jahre Plenarsaal

Im kommenden Jahr steht im Landeshaus ein rundes Jubiläum an: Der Plenarsaal wird 20. Am 2. April 2003 tagte das Parlament erstmals in dem frisch errichteten Glasanbau an der Wasserseite mit Blick auf die Kieler Förde.

Der neue Saal löste den alten Tagungsraum im ersten Stock ab, in dem der Landtag seit 1950 seine Sitzungen abgehalten hatte. Nicht nur dieser Saal war klein und eng. Im gesamte Landeshaus herrschte Gedränge. In den Anfangsjahren waren dort nicht nur der Landtag, sondern auch Staatskanzlei und Innenministerium untergebracht. Die Politik diskutierte lange über einen Neubau, doch Ende der 1970er Jahre fiel der Beschluss: Das bestehende Haus an der Förde soll modernisiert werden.

Bis die Bauarbeiter anrückten, dauerte es allerdings mehr als 20 Jahre. Von 2001 bis 2004 war das Landeshaus eine Baustelle. Auch die Vorhalle, die Sitzungssäle im ersten Stock, die Kantine und die Außenanlagen wurden modernisiert. Kernstück war der neue Plenarsaal. Die Abgeordneten sitzen nun in einer runden Sitzordnung und nicht mehr in den Tischreihen des alten Saals mit seiner Schulclassen-Atmosphäre. Eine moderne Klimaanlage sorgt für frische Luft, die Medientechnik erlaubt eine Nutzung auch für Lesungen, Konzerte und Konferenzen, es herrscht weitgehende Barrierefreiheit, und die Gäste auf der Tribüne haben seitdem von allen Plätzen aus eine gute Sicht.



Der neue Plenarsaal war Titelthema der Landtagszeitschrift in der Mai-Ausgabe 2003.



Legende: ■ Plenum ■ Schulferien / Sitzungsfreie Zeit  
■ Ältestenrat ■ Bundesrat

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Sa	1 Di	1 Fr	1 So	1 Mi	1 Fr
2 So	2 Mi	2 Sa	2 Mo	2 Do	2 Sa
3 Mo	3 Do	3 So	3 Di Tag der Deutschen Einheit	3 Fr	3 So 1. Advent
4 Di	4 Fr	4 Mo	4 Mi	4 Sa	4 Mo
5 Mi	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Di
6 Do	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo	6 Mi
7 Fr	7 Mo	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do
8 Sa	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi	8 Fr
9 So	9 Mi	9 Sa	9 Mo	9 Do	9 Sa
10 Mo	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 So 2. Advent
11 Di	11 Fr	11 Mo	11 Mi	11 Sa 14. Tagung	11 Mo
12 Mi	12 Sa 12. Tagung	12 Di	12 Do	12 So	12 Di
13 Do	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo	13 Mi 16. Tagung
14 Fr	14 Mo	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Do
15 Sa	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Fr
16 So	16 Mi	16 Sa	16 Mo	16 Do	16 Sa
17 Mo	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr	17 So 3. Advent
18 Di	18 Fr	18 Mo	18 Mi	18 Sa	18 Mo
19 Mi	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So Volkstrauertag	19 Di
20 Do	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo	20 Mi
21 Fr	21 Mo	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do
22 Sa	22 Di	22 Fr	22 So 13. Tagung	22 Mi	22 Fr
23 So	23 Mi	23 Sa	23 Mo	23 Do	23 Sa
24 Mo	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 So 4. Advent / Heiligabend
25 Di	25 Fr	25 Mo	25 Mi	25 Sa	25 Mo 1. Weihnachtsfeiertag
26 Mi	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Di 2. Weihnachtsfeiertag
27 Do	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo	27 Mi
28 Fr	28 Mo	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Do
29 Sa	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Fr
30 So	30 Mi	30 Sa	30 Mo	30 Do	30 Sa
31 Mo	31 Do		31 Di Reformationstag		31 So Silvester

„Mit Genugtuung über das Erreichte, mit ein wenig Stolz auf das eigene Zutun, mit **Dankbarkeit** gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein für die Ermöglichung dieses Plenarsaals will ich diese Tagung eröffnen – Dankbarkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die uns eine Arbeitsstätte ermöglicht haben, die uns wirklich die Möglichkeit gibt, politisch gut zu wirken, wiederum im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. (...) Bisher war es nur das Haus bei der Förde. Es ist jetzt wirklich das **Haus an der Förde.**“

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens am 2. April 2003 zu Beginn der ersten Sitzung des Landtages im neuen Plenarsaal



## Getreideanbau statt Flächenstilllegung

Europas Bauern sollen vier Prozent ihrer Ackerflächen aufgeben und den Tieren und Pflanzen überlassen – als Beitrag zum Arten- und Klimaschutz. Diese Flächenstilllegung soll nun aber im Jahr 2023 ausgesetzt werden. Grund ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Folgen für die Lebensmittelversorgung. Der entsprechende Vorschlag der EU stieß im Landtag Anfang September auf breite Zustimmung. Lediglich die SPD zeigte sich skeptisch.

In Deutschland geht es um rund 380.000 Hektar, auf denen nun Getreide, Sonnenblumen und Hülsenfrüchte angebaut werden

können, allerdings kein Mais und keine Soja. Es dürfen auch ausnahmsweise die gleichen Pflanzen angebaut werden wie im Vorjahr.



Weizen kontra Artenschutz: Diese Debatte ist wieder aufgeflammt.

Ansonsten ist ein jährlicher Fruchtwechsel vorgeschrieben, um die Böden zu entlasten. „Jede Tonne Getreide ist wichtig“, sagte Oliver Kumbartzky (FDP), der die Debatte angestoßen hatte. Er forderte „weitere Erleichterungen, um das Potential der Landwirtschaft auszuschöpfen“, etwa bei der Verordnung über Pflanzenschutzmittel.

In Schleswig-Holstein gehe es zwar nur um 3.500 Hektar, so Dirk Kock-Rohwer (Grüne), aber der EU-Kurs sei dennoch richtig: „Die Realität hat sich verändert, und wir müssen darauf reagieren.“ Ähnlich äußerte sich Cornelia Schmachtenberg (CDU): Dies sei „ein kleiner Baustein von vielen, der sehr wichtig ist“. Christian Dirschauer (SSW) verteidigte die Maßnahme gegen Kritik von Umweltverbänden: „Die zeitliche Befristung auf nur ein Jahr ist nach unserer Auffassung keine radikale Abkehr vom Natur- und Artenschutz in der Landwirtschaft.“ Agrarminister Werner Schwarz (CDU) kündigte an, „schnellstmöglich Rechts- und Planungssicherheit für alle Landwirtinnen und Landwirte im Lande zu schaffen“.

Einzig Birgit Herdejürgen (SPD) ging auf Gegenkurs: „Im Ergebnis wäre der Beitrag Schleswig-Holsteins winzig, und dafür gefährden wir die Ziele der einstimmig beschlossenen Biodiversitätsstrategie? Es darf hier kein Zurück geben!“

## Pflege wird teurer – Bund soll Heimbewohner entlasten

Pflegekräfte werden in jüngster Zeit besser bezahlt. Das findet breite Zustimmung in der Landespolitik. Doch die Tarifbindung in den Einrichtungen bringt erhebliche Kostensteigerungen für die Bewohner mit sich. Der Bund soll zügig gegensteuern, hieß es Anfang September im Landtag.

Hintergrund der Debatte: In Pflegeheimen gilt jetzt eine verpflichtende Tarifbezahlung. In Schleswig-Holstein bedeutet das nach Angaben von Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) für die stationäre Pflege eine Preissteigerung von 900 bis 1.000 Euro im Monat – bei einer durchschnittlichen Rente von 840 Euro für Frauen und 1.100 Euro für Männer. Die Ministerin rechnet mit einer Preissteigerung von 30 bis 50 Prozent. „Wenn eine angemessene Bezahlung zur Folge hat, dass Pflege nicht mehr bezahlbar ist, wird deutlich, was wir schon lange brauchen: eine umfas-

sende Pflegereform von Seiten des Bundes.“ Touré verwies auf einen Antrag, den das Land in die Sozialministerkonferenz eingebracht hat. Demnach müsste der Bund den Zuschlag erhöhen, den Heimbewohner neben den Zahlungen der Pflegekasse bekommen. Im ersten Jahr müssten es 25 statt fünf Prozent sein, im zweiten Jahr 50 statt 25 Prozent und im dritten Jahr 70 statt 45 Prozent.

Es gebe bereits Meldungen, dass Angehörige Pflegebedürftige wegen der Kosten wieder aus Heimen nach Hause holten, sagte Birte Pauls

(SPD): „Das ist eine absolute Katastrophe.“ Pauls sprach sich dafür aus, die reinen Pflegekosten über Steuern zu finanzieren. Ex-Sozialminister Heiner Garg (FDP) befürwortete eine Deckelung der Beiträge und unterstützte die Vorschläge von Ministerin Touré. „Langfristig wird es deutlich mehr Pflegebedürftige geben und immer weniger Beitragszahler“, sagte Andrea Tschacher (CDU) und mahnte: „Pflege droht zum Armutsrisiko zu werden.“ Es gebe immer mehr Menschen, die sich einen Platz im Heim oder häusliche Angebote nicht leisten könnten, sagte Christian Dirschauer (SSW). Er forderte eine komplette Steuerfinanzierung.

## Großer Rückhalt für die Bundeswehr

**Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ macht sich der Landtag parteiübergreifend für die Bundeswehr und die wehrtechnische Industrie im Lande stark.**

Einstimmig hat das Parlament Ende August einen Antrag von CDU und Grünen angenommen. Darin unterstützt der Landtag das vom Bund eingerichtete 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr. Dies sei auch eine Chance für die Wehrtechnik in Schleswig-Holstein. Der Bund wurde aufgerufen, die Bundeswehrstandorte im Lande zu modernisieren. Zudem sollen sicherheitspolitische Fragen an Schulen und Hochschulen eine wichtigere Rolle spielen. Die FDP, die die Debatte angeregt hatte, und die SPD hatten eigene Anträge mit ähnlicher Stoßrichtung vorgelegt.

**Bernd Buchholz (FDP):** „Die deutsche Bundeswehr, die Soldatinnen und Soldaten, haben unser aller Anerkennung gerade in diesem Jahr verdient. Sie ist integraler Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens, und es gilt für alle Demokraten in diesem Land, das auch anzuerkennen.“

**Rasmus Vöge (CDU):** „Soldatinnen und Soldaten wurden bei nationalen Großschadenslagen gern gesehen, gerade bei Corona, und hatten ansonsten das Image eines THW in Oliv. Dass Streitkräfte Waffen brauchen und dass Begriffe wie Tapferkeit oder Kameradschaft für

Soldatinnen und Soldaten eine Bedeutung haben, um diese Tatsachen wurde gesellschaftlich und damit auch irgendwann politisch ein Bogen gemacht.“

**Eka von Kalben (Grüne):** „Lassen Sie mich allen Menschen in der Bundeswehr und ihren Angehörigen danken. Dafür, dass sie sich entschlossen haben, unsere Werte und unsere Demokratie zu verteidigen. Dafür, dass sie in Krisenfällen jeglicher Art Unterstützung leisten zum Wohl von uns allen.“

**Kai Dolgner (SPD):** „Unsere Soldatinnen und Soldaten sind halt keine Söldner, sondern Bürgerinnen und Bürger in Uniform, die im Auftrag des Volks – vertreten durch den Bundestag – handeln, und denen wir zum Dank verpflichtet sind für ihren Einsatz.“

**Lars Harms (SSW):** „Wichtig ist es für mich zu betonen, dass wir, im Unterschied zu anderen Staaten auf der Welt, eine Parlamentsarmee haben. Eine Verteidigungspolitik, die eben nicht nur von einem oder wenigen Köpfen entschieden wird, sondern von den Volksvertretern im deutschen Bundestag.“

**Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU):** „Wir brauchen eine besser ausgerüstete Bundeswehr. Wehrhaftigkeit darf nicht nur auf dem Papier stehen. Wir, die Bundesrepublik, müssen auch tatsächlich in der Lage sein, uns zur Wehr zu setzen.“

## Landtagspräsidentin Herbst eine Woche bei der Marine



Landtagspräsidentin Kristina Herbst auf virtueller Tauchfahrt: Im Ausbildungszentrum des 1. U-Boot-Geschwaders in Eckenförde lernte sie den Tiefensteuersimulator kennen.

**Für sechs Tage ist Landtagspräsidentin Kristina Herbst Ende August zur Soldatin geworden und durfte sich Oberleutnant zur See der Reserve nennen. Der Anlass: eine Wehrübung für zivile Führungskräfte bei der Deutschen Marine.**

Im Rahmen einer „Dienstlichen Veranstaltung zur Information“ (InfoDVag) lernte Herbst die Marine aus Sicht einer Soldatin kennen, in Uniform mit vorübergehendem Dienstgrad. Auf dem Programm standen Besuche der Marineschule Flensburg-Mürwik, des Marinestützpunkts Eckernförde und des Einsatz-Ausbildungszentrums für Schadensabwehr in Neustadt/Holstein. Eine Fahrt auf der Fregatte „Schleswig-Holstein“ sowie auf dem Minenjagdboot „Bad Rappenau“ gehörten dazu. Ziel der InfoDVag ist es, Einblicke in die Arbeit der Bundeswehr zu vermitteln und die Teilnehmer als Multiplikatoren zu gewinnen.

Den Marinealltag kennenzulernen sei eine „tolle Erfahrung“ gewesen, so die Landtagspräsidentin. Sie lobte die große Offenheit der Marineangehörigen, auch für kritische Diskussionen. „Die wichtigste Erkenntnis ist aber, dass angesichts des Krieges in Europa der Fokus ganz klar auf Landes- und Bündnisverteidigung liegt“, betonte Herbst. „Das ist in dieser Deutlichkeit für uns in Deutschland noch immer ungewohnt. Und dafür benötigen die Marine und die Streitkräfte insgesamt den nötigen Rückhalt aus Politik und Bevölkerung.“ Als Präsidentin des Landtages, der die Patenschaft für das Segelschulschiff „Gorch Fock“ übernommen hat, sei es ihr Anliegen und ihre Aufgabe, für eine positive Haltung gegenüber der Marine und der Bundeswehr zu werben.

# Höhere Hürden für Bürgerbegehren

**Wichtige Infrastrukturprojekte sollen nicht mehr so leicht per Bürgerbegehren gekippt werden können. Dieser Plan von CDU und Grünen spaltet den Landtag. Die FDP scheiterte Anfang September mit dem Antrag, auf die geplante Änderung der Gemeindeordnung zu verzichten. Nur SPD und SSW unterstützten den Vorstoß der Liberalen.**



Schwarz-Grün will bestimmte Themen nicht mehr bei kommunalen Bürgerbegehren zulassen – etwa die Bauleitplanung für Krankenhäuser, Schulen, Kitas, Sozialwohnungen oder für den Ausbau erneuerbarer Energien. Zudem sollen die Fristen verkürzt werden, um Unterschriften für eine solche Abstimmung zu sammeln, und es sollen mehr Unterstützer nötig sein als bisher.

„Das ist Willkür“, klagte Bernd Buchholz (FDP). Es offenbare ein merkwürdiges Demokratieverständnis, wenn man bestimmte Inhalte dem Bürgerwillen entziehen wolle. Der geplante Passus atme den Geist des preußischen Obrigkeitsstaates, monierte Kai Dolgner (SPD). Damit würden 80 bis 90 Prozent aller Bürgerbegehren verhindert. Lars Harms (SSW) merkte an,

Bernd Buchholz (FDP) kritisierte die geplanten Einschränkungen scharf: „Diese Klausel ist aus dem Handbuch für Untertanen.“

nicht Bürgerinitiativen seien das Problem, sondern das zu komplizierte Planungsrecht. „Bürgerbegehren sind ein hohes Gut der Demokratie.“

„Wenn unverzichtbare Infrastruktur- oder Investitionsvorhaben zur Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern oder Dienstleistungen nicht auf die lange Bank geschoben werden sollen, dann brauchen wir Planungsbeschleunigung und keine weiteren Verzögerungen“, entgegnete Thomas Jepsen (CDU). Er rief die Gemeindevertretungen auf, die Anwohner frühzeitig einzubinden, um mögliche Konflikte auszuräumen. Jan Kürschner (Grüne) betonte, Bürger könnten sich auf vielfältige Weise beteiligen. Bürgerbegehren seien nicht das einzige Mittel. Für die Landesregierung sei die Beschleunigung von Planungen ein zentrales Ziel, so Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Änderungen seien angesichts von Energiewende und Versorgungskrise notwendig.

## Jäger sollen „Problemwölfe“ schießen dürfen

**Der Wolf ist nach 200 Jahren zurück im Lande und bedroht Rehe und Schafe. 750 Tiere sind inzwischen gerissen worden. Die Koalition will das Raubtier ins Jagdrecht aufnehmen, bei ganzjähriger Schonzeit. Der FDP geht das nicht weit genug, sie fordert „wolfsfreie Zonen“. Die SPD hält dagegen das bestehende Wolfsmanagement für ausreichend.**

Mit einer Aufnahme ins Jagdrecht könnten gefährliche Tiere erlegt werden, ebenso wie Wölfe, die bei einem Verkehrsunfall verletzt werden. „Nur für absolute Ausnahmefälle brauchen wir die Fachkunde und Erfahrung unserer Jägerschaft“, betonte Hauke Göttsch (CDU). Bis ein Tier als Problemwolf eingestuft werde, müsse es wiederholt aufgefallen sein. Oliver Kumbartzky (FDP) sah das anders: „Wir dürfen bei der Ausbreitung des Wolfes nicht tatenlos zusehen.“ Insbesondere an der Nordsee sei die Sicherheit der Küstengebiete bedroht, wenn Wölfe die Schafe reißen, die auf den Deichen für kurzes Gras und feste Böden sorgen. Silke Backsen (Grüne) warf der FDP vor, Ängste zu schüren. Ziel müsse

eine „Koexistenz von Wolf und Weidehaltung“ sein.

Sandra Redmann (SPD) verwies auf das seit 2010 bestehende Wolfsmanagement des Landes, das Tierhalter mit Schutzgittern versorgt, Beratung anbietet, Rissgutachten erstellt und Entschädigungszahlungen leistet. Dies habe sich bewährt. Sein Haus sei dabei, so Landwirtschaftsminister Werner Schwarz (CDU), die Zuständigkeiten zwischen dem Landwirtschafts- und dem Umweltministerium in dieser Sache zu klären. Er verwies darauf, dass sich zwei Wolfspaare in den Kreisen Segeberg und Herzogtum Lauenburg niedergelassen hätten: „Wir müssen damit

rechnen, dass wir in den nächsten Jahren ein bis zwei Rudel im Land haben.“ Christian Dirschauer (SSW) hielt die Pläne von CDU und Grünen für nicht konkret genug. Man müsse „den Gesetzentwurf abwarten und sehr genau prüfen“.



## Aufkauf von Arztpraxen

# Kritik an Finanzinvestoren

Der Landtag fordert vom Bund Maßnahmen gegen Konzerne und Finanzinvestoren, die Arztpraxen und Medizinische Versorgungszentren (MVZ) aufkaufen und dann mit Gesundheitsleistungen Rendite machen. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss das Parlament Ende September einen entsprechenden Antrag.

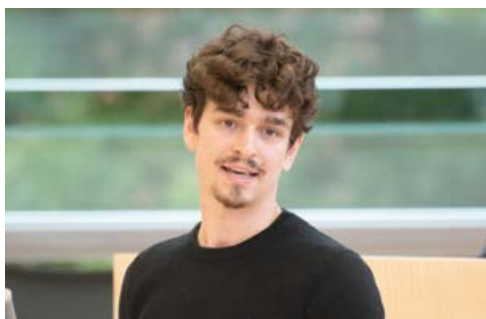
*„Wäre es nicht eine Möglichkeit, dass MVZ-Neugründungen in Zukunft nur noch als gGmbH möglich sind?“*

Heiner Garg (FDP)

Seit 2004 können niedergelassene Ärzte sich in MVZ zusammenfinden. Diese Großpraxen werden zunehmend von internationalen Finanzinvestoren übernommen. Vor allem Fachpraxen für Augenheilkunde, Radiologie und Zahnmedizin sind betroffen. Die Gesundheitsversorgung dürfe keine Ware sein, die an Renditeerwartungen ausgerichtet sei, hieß es parteiübergreifend. In einigen Bereichen gebe



Hauke Hansen (CDU) regte ein „Transparenzregister“ an, in dem die Eigentumsverhältnisse eines MVZ dargelegt werden.



Jasper Balke (Grüne) kritisierte unnötige Behandlungen in renditeorientierten Praxen: „Nicht jeder mögliche Eingriff muss gemacht werden.“

es „monopolartige Entwicklungen“, betonte Hauke Hansen (CDU). Er forderte Transparenz: Patienten müssten schon „am Eingang erkennen, ob die Praxis ganz oder teilweise einem branchenfremden Investor gehört“.

*„Wir brauchen Alternativen zum klassischen Modell der niedergelassenen Ärzte.“*

Birte Pauls (SPD)

„Die Versorgungsqualität und das Patientenwohl sind gefährdet“, stellte Jasper Balke (Grüne) fest. Renditeorientierte Praxen überredeten ihre Patienten oft zu kostspieligen IGELEISTUNGEN (Individuelle Gesundheitsleistungen) und unnötigen Behandlungen. MVZ seien vor allem im ländlichen Raum eine gute Idee, um die ärztliche Versorgung sicherzustellen, betonte Birte Pauls (SPD). Sie müssten allerdings in kommunaler Hand liegen. Pauls verwies auf das Beispiel Büsum, wo die Ärztegenossenschaft das MVZ organisiert. Heiner Garg (FDP) schlug vor, MVZ-Neugründungen nur als gemeinnüt-

zige Gesellschaft (gGmbH) zuzulassen. Die öffentliche Hand werde nicht in der Lage sein, ausreichend Geld in den Gesundheitssektor zu investieren. Deswegen sei „Fremdkapital“ nötig – aber mit „klaren Regeln“.

*„Da, wo Finanzinvestoren ein gutes Geschäft wittern, muss die Politik regulierend eingreifen.“*

Christian Dirschauer (SSW)

Die Unternehmenssitze der Investoren lägen häufig in Steueroasen, so Christian Dirschauer (SSW): „Von dem hier verdienten Geld sehen wir in Deutschland nicht viel.“ Er forderte ein „Vorrangsrecht“ für niederlassungswillige Ärzte, wenn eine Praxis auf dem Markt sei. Und er richtete einen „moralischen Appell“ an Praxisinhaber, ihren Kassensitz nicht „für einen Fantasiepreis“ an einen internationalen Finanzinvestor zu verkaufen.

Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken (CDU) erklärte den Mechanismus der MVZ-Übernahmen: Investmentfonds kauften kleine Krankenhäuser auf, um sie „als reine Investitionsvehikel“ zu benutzen. Denn als Krankenhausbetreiber dürfen sie MVZ gründen. Anschließend würden „mit großer Finanzkraft“ weitere Arztpraxen aufgekauft. Die Ministerin forderte gesetzliche Begrenzungen für diese Übernahmen, aber leider seien „seitens des Bundes bislang keine konkreten Schritte erfolgt“. Sie werde das Thema auf der Gesundheitsministerkonferenz vorantreiben.

## Mehr Schwimmunterricht gefordert

Während der Corona-Pandemie ist vielfach der Schwimmunterricht ausgefallen. Die FDP forderte deshalb Ende September, Schwimmstunden in Schulen verbindlich zu machen. „Rund 60 Prozent der Zehnjährigen sind heute keine sicheren Schwimmer“, so Annabell Krämer (FDP). Sie forderte mehr Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen. Die Kosten der Kompaktkurse, die Schulen ohne Schwimmstätte in ihrer Nähe anbieten, sollten erstattet werden. „Schwimmunterricht braucht endlich den Stellenwert, den er verdient“, so Krämer.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) nannte den Vorwurf, Kinder würden in den Schulen kein Schwimmen lernen, „absurd“. 86 Prozent der Schüler könnten am Ende der 6. Klasse schwimmen. Koalition und SSW lehnten verbindliche Zusagen ab. Malte-Jannik Krüger (Grüne) nannte es „fahrlässig“, in der derzeitigen Situation verbindliche Vorgaben zu machen. „Sie fordern etwas, das so nicht bis nächstes Jahr möglich ist.“

# Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

## Schüler geben Noten für Lehrer

In der Schule geben normalerweise die Lehrer die Noten. Und die Schüler freuen sich wenn sie eine gute Note haben. Oder sie ärgern sich wenn sie eine schlechte Note haben. Aber nun sollen auch die Schüler Noten vergeben.

Die Schüler sollen sagen was ihnen an ihren Lehrern gefällt. Oder was ihnen nicht gefällt. Das nennt sich Schüler-**Feed-Back**. Die Landes-Regierung will dafür eine Seite im Inter-Net einrichten. Dort können die Schüler ihre Meinung sagen. Die Regierung will das Feed-Back drei Jahre lang testen.

Karin Prien ist die Bildungs-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie sagt: Es ist wichtig wenn Schüler frei ihre Meinung sagen. Und wenn sie den Unterricht mit-bestimmen. Das ist gut für die **Demokratie**.

Martin Balasus ist von der CDU. Er sagt: Schüler und Lehrer müssen offen mit-einander umgehen. Sie sollen sich ehrlich die Meinung sagen. Dann gibt es weniger Streit an der Schule.

Malte-Jannik Krüger ist von den Grünen. Er sagt: Lehrer geben täglich Noten. Aber sie bekommen nie selber welche. Das soll sich nun ändern.

Martin Habersaat ist von der SPD. Er sagt: Das ist alles nicht neu. Die Schulen machen so etwas schon seit fast 20 Jahren.

Christopher Vogt ist von der FDP. Er sagt: Die Kritik an den Lehrern muss fair und gerecht sein. Die Schüler dürfen die Lehrer nicht beleidigen.

Jette Waldinger-Thiering ist vom SSW. Sie sagt: Auch Grund-Schüler sollen ihre Meinung sagen. Nicht nur die älteren Schüler in der Ober-Stufe.



Martin Balasus von der CDU



Malte-Jannik Krüger von den Grünen



Martin Habersaat von der SPD

## Erklärungen:

**Feed-Back:** Das Wort kommt aus der Sprache Englisch. Es bedeutet: eine Rück-Meldung geben. Also: sagen was man von einem Menschen oder einer Sache hält.

**Demokratie:** Das Wort kommt aus der Sprache Griechisch. Es bedeutet: Herrschaft des Volkes. Alle Menschen sollen mit-reden und mit-bestimmen.

## Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

**Kommunalvertretungen:** Nach der Kommunalwahl im Mai 2023 werden in den Kreistagen und den Kommunalvertretungen größerer Städte voraussichtlich drei Mitglieder notwendig sein, um eine Fraktion zu bilden. Aktuell sind es zwei. Das plant die Koalition – und stößt damit bei FDP und SSW auf Widerstand. Bernd Buchholz (FDP) sprach Ende September von einem „Anschlag auf die Demokratie“ und warf der Koalition „blanke Ausübung von Macht“ vor. Er habe erhebliche Zweifel, ob das Vorhaben verfassungsrechtlich zulässig ist, so Buchholz.

Der Verlust des Fraktionsstatus hätte für kleinere Parteien und Wählervereinigungen weitreichende Folgen. Fraktionslose Abgeordnete haben beispielsweise kein Stimmrecht in den Ausschüssen und können nicht auf die Arbeit hauptamtlicher Mitarbeiter zurückgreifen.

Vertreter von Schwarz-Grün verteidigten die geplante Änderung. Thomas Jepsen (CDU) beklagte eine „zunehmende Zersplitterung“ in den Kommunalvertretungen. Die „Kleinstfraktionen“ seien eine Belastung für die Funktionsfähigkeit der Gremien und für die Mehrzahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker, denn die Sitzungen dauerten häufig bis in den späten Abend. Die Koalition greife mit ihrem Vorstoß Anregungen von Kommunalvertretern auf, betonte Jepsen.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) wies darauf hin, dass die große Mehrheit der Gemeinden von der „moderaten Anhebung“ nicht betroffen sei. Es gehe lediglich um die Kreise und kreisfreien Städte sowie einige größere kreisangehörige Städte. Aktuell teilen sich in der Kieler Ratsversammlung die 59 Mitglieder in neun Fraktionen auf. In der Lübecker Bürgerschaft sind elf Fraktionen vertreten, bei 49 Mitgliedern. Der Dithmarscher Kreistag hat 54 Mitglieder und acht Fraktionen.

**Wahlrecht:** Wer sich um ein öffentliches Mandat bewirbt, sei es in der Kommune oder im Land, muss künftig nicht mehr die vollständige Adresse offenlegen. Das sieht ein Antrag von CDU und Grünen vor, den der Landtag einstimmig beschlossen hat. Lediglich Wohnort und Postleitzahl müssen auf dem Stimmzettel stehen. Damit sollen Kandidaten vor Anfeindungen geschützt werden. „Es ist traurig, dass wir diesen Schritt gehen müssen, aber er ist unverzichtbar, wenn wir unsere lebendige Demokratie in Schleswig-Holstein schützen wollen“, verwies Birte Glißmann (CDU) auf Zahlen des Landeskriminalamts. Demnach gab es im Lande 41 Angriffe auf Mitglieder von Parteien im Zeitraum von Januar 2018 bis November 2020.

Das Innenministerium soll nun die Wahlordnungen für Gemeinde, Kreis und Land entsprechend ändern. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) kündigte an, dies bis Ende November zu erledigen, damit die neue Regelung bereits zur Kommunalwahl im Mai 2023 gilt. „Das schützt die Kandidatinnen und Kandidaten nicht nur während des Wahlkampfes, sondern auch danach, vor Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen im privaten Umfeld“, so die Ministerin. Thomas Losse-Müller (SPD) stimmte zu: „Menschen, die überlegen, zur Kommunalwahl anzutreten, müssen die Sicherheit haben, dass wir sie schützen.“

Der Schritt reiche nicht aus, mahnte Bernd Buchholz (FDP): „Ist das wirklich Schutz, wenn wir nur noch den Wohnort nennen?“ Buchholz verwies auf ein gewandeltes gesellschaftliches Klima mit einer wachsenden Aggressivität gegen den Staat und seine Repräsentanten. Dies sei Ausdruck einer „Entfernung der Menschen von der Demokratie“.

**Freiwilligendienste:** Der Landtag hat sich Anfang September für eine bessere Förderung von Freiwilligendiensten ausgesprochen. Es solle allen jungen Menschen ermöglicht werden, ein Freiwilliges Soziales Jahr, ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst in Schleswig-Holstein zu absolvieren, heißt es in einem schwarz-grünen Antrag, der einstimmig angenommen wurde. Demnach soll der Bund Freiwilligendienstleistende, die nicht mehr bei ihrer Familie leben, besser finanziell unterstützen. Dazu gehöre Hilfe bei Miete und Verpflegung und die Ausnahme von der Rundfunkbeitragspflicht. „Zusätzlich wollen wir ein kostengünstiges ÖPNV-Ticket auf den Weg bringen“, heißt es in dem Antrag. „Unsere Gesellschaft funktioniert nur durch das Engagement, durch die vielen Menschen, die bereit sind, über ihre Arbeit hinaus freiwillig einen Beitrag für eine sozialere und ökologischere Gesellschaft zu tätigen“, so die Grünen-Abgeordnete Nelly Waldeck. „Deshalb ist es so wichtig, ein Signal aus der Politik zu senden, dass wir diese wertvolle Arbeit anerkennen und unterstützen.“ Das Hauptproblem sei, so Waldeck, dass es derzeit deutlich mehr Bewerber als Plätze in diesem Bereich gebe.

**Helfer-Orden:** Der FDP-Vorschlag, einen speziellen Orden für die schleswig-holsteinischen Helfer der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu vergeben, wurde Anfang September abgelehnt. Der Landtag nahm stattdessen einen Alternativantrag von CDU und Grünen an, der sich für eine Ehrung durch das Bundesland ausspricht, in dem die Hilfe erbracht worden ist. In Nordrhein-Westfalen habe es bereits eine Ehrung gegeben. Das Land Rheinland-Pfalz habe in Aussicht genommen, eine Fluthelfermedaille 2021 in Kürze zu stiften, sagte Sozialministerin Aminata Touré (Grüne).



Ein Blick in den Saal des Landgerichts Itzehoe: Schleswig-Holsteins Strafrecht klagt über eine hohe Arbeitsbelastung und zu wenig Personal.

## Entlassungen aus der U-Haft

# Strafgerichte vielfach überlastet

**Die Personalsituation an Schleswig-Holsteins Strafgerichten ist „schon seit Jahren angespannt“. Das hat Justizministerin Kerstin von der Decken (CDU) Mitte August im Innen- und Rechtsausschuss eingeräumt. Die Opposition sieht die Landesregierung in der Pflicht.**

Laut der Antwort des Justizministeriums auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Marc Timmer sind im Lande allein im vergangenen Jahr elf Verdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil ihre Verfahren zu lange dauerten. Dies sei zwar ein „Ausreißer“ gewesen, so die Ministerin in der Ausschusssitzung, aber in der Justiz herrsche grundsätzlich eine „Überlast“. Hintergrund: Wenn jemand in Untersuchungshaft kommt, muss die Hauptverhandlung nach spätestens sechs Monaten beginnen. Andernfalls sind Inhaftierte zu entlassen, trotz Verdunkelungs- oder Wiederholungsgefahr. Bei den

elf Fällen im Lande sei es um Drogenhandel und schweren Raub gegangen, sagte von der Decken. Ein Tatverdächtiger sei geflüchtet, wurde aber wieder in Haft genommen.

Die Gerichte stünden vor wachsenden Herausforderungen, betonte die Ministerin: „Die Strafverfahren dauern immer länger.“ Es gebe mehr aufwendige „Großverfahren“ mit umfangreichen digitalen Beweisen und einer Vielzahl von Angeklagten aus aller Welt, die vor Gericht zudem Dolmetscher benötigten. Ein Grund: Europol hat verschlüsselte Chats im Internet geknackt, und daraufhin wurden auch im Lande zahlreiche Verdächtige im Bereich Drogen- und Waffenhandel festgenommen.

Es sei „mehr als ein Ausreißer“, wenn Gerichte strukturell unterbesetzt seien, merkte Bernd Buchholz (FDP) an, der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Er forderte mehr Personalstellen für die Justiz. Der Ausschuss-

vorsitzende, der Grünen-Abgeordnete Jan Kürschner, wies darauf hin, dass der Bund das Strafrecht an mehreren Stellen verschärft habe, etwa bei sexuellem Missbrauch und Geldwäsche: „Das wird eine Vielzahl von Verfahren produzieren.“ Birte Glißmann (CDU) wies darauf hin, dass nicht nur Gerichte und teilweise die Staatsanwaltschaften überlastet seien, sondern auch die Wachtmeisterei und die Geschäftsstellen.

## Lübecker Gerichtspräsidentin: „Es fehlen Verhandlungssäle“

Anfang September hörte der Ausschuss zudem die Präsidentin des besonders belasteten Landgerichts Lübeck an, die ehemaligen Staatssekretärin Silke Schneider. An der Trave gab es fünf der elf Entlassungen aus der U-Haft – mehr als in jedem anderen Gerichtsbezirk. Schneider bestätigte die steigende Zahl von komplexen Verfahren. In Lübeck herrsche zudem eine „beengte Saalsituation“. Das Landgericht arbeite seit Jahren in einer „Interimsliegenschaft“ in einer ehemaligen Kaserne mit einem einzigen großen Strafsaal. Ein zweiter Saal liege am Flughafen Blankensee, 30 Minuten entfernt. FDP-Mann Buchholz sah sich bestätigt: „Kein Zweifel: Es gibt einen strukturellen Mehrbedarf.“ Hermann Junghans (CDU) stellte fest, dass die lange anhaltende „Welle“ bei Zivilverfahren langsam abebbe. Vor diesem Hintergrund sei es denkbar, „Zivilrichter an das Strafrecht zu gewöhnen“ und so Entlastung zu schaffen.

## Wirtschaftsexperten auch für Digitales zuständig

Der Wirtschaftsausschuss ist jetzt auch für den Bereich Digitalisierung verantwortlich. Eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung hat der Landtag Ende August einstimmig beschlossen. Zuvor war der Umwelt- und Agrarausschuss für das Digitale zuständig gewesen. Außerdem ist die Zuständigkeit für den Bereich Gleichstellung vom Innen- an den Sozialausschuss übergegangen. Über die Ansiedlung des Bereichs Digitalisierung hatte es im vergangenen August Streit zwischen der damaligen Jamaika-Koalition und der SPD gegeben.

**Siehe Landtagszeitschrift 03/2021.**



# Wann kommt das Ende der Grenzkontrollen?

**Freie Fahrt auf dem Weg nach Dänemark gibt es besonders im Sommer nur selten. Grund sind die seit Jahren bestehenden Grenzkontrollen auf dänischer Seite. Der Europaausschuss setzte sich Ende August geschlossen für deren Ende ein, der Landtag schloss sich Anfang September einstimmig an.**

Leidtragende der aktuellen Situation sind Pendler, Anwohner und Urlauber. Zeitweise stauten sich die Autos im Sommer auf 15 Kilometer Länge, die Wartezeit betrug 90 Minuten. In den vergangenen Monaten habe sich die Lage „extrem verschärft“, monierte Sybilla Nitsch, deren SSW-Fraktion das Thema auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt hatte. Das betreffe nicht nur die Ferienzeit, sondern auch das tägliche Leben in der Grenzregion.

Die Landesregierung sei sich der Situation „sehr bewusst“ und setze sich seit Jahren für ein Ende der Kontrollen ein, entgegnete der auch für den Bereich Europa zuständige Landwirtschaftsminister Werner Schwarz (CDU). Voraussichtlich im Herbst werde Ministerpräsident Daniel Günther das Thema bei seinem Antrittsbesuch in Kopenhagen ansprechen. Er gab aber zu bedenken, dass das Land keine eigenen „Regelungszuständigkeiten“ beim Thema Grenzkontrollen habe. Die Verantwortung liege beim Bund. Diese Aussagen reichten der SSW-Abgeordneten Nitsch nicht aus: Die Landesregierung zeige „wie immer mit dem Finger nach Berlin“ und habe ansonsten „längst kapituliert“.

## Dänemark spricht von Terrorabwehr

Der Minister setzt auch auf Unterstützung seitens der EU. Im Frühjahr hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) bekräftigt, dass Kontrollen im Schengen-Raum nur mit

ernsthaften Bedrohungen der inneren Sicherheit zu rechtfertigen sind. Die dänische Regierung begründet ihr Vorgehen regelmäßig mit Terrorabwehr. Eigentlich gibt es im Schengen-Raum, dem 26 europäische Länder angehören, keine Personenkontrollen an den Grenzen. Nach der Flüchtlingskrise 2015 hatten aber Länder wie Deutschland, Österreich, Dänemark und Schweden solche Kontrollen wieder eingeführt. Einige Staaten, darunter Dänemark, haben die Maßnahmen seitdem halbjährlich verlängert.



Stau hinter Flensburg: Über Wartezeiten an der dänischen Grenze ärgern sich viele Autofahrer.

## Schärfere Lebensmittelüberwachung geplant – Kritik am Ministerium

**Nach Medienberichten über massive Verstöße gegen Tierschutzaufgaben und das Lebensmittelrecht in einem Schlachtbetrieb in Flintbek (Kreis Rendsburg-Eckernförde) will die Landesregierung das Kontrollsystem effektiver gestalten. „Wir wollen untersuchen, wie überregionale Kontroll-, Fach- und Vollzugsaufgaben der Kommunen und des Landes in einer Landesbehörde gebündelt werden können“, sagte Landwirtschafts- und Verbraucherminister Werner Schwarz (CDU) Ende August im Umwelt- und Agrarausschuss. Der aktuelle Fall zeige, wie wichtig es sei, „dass das Kontrollsystem gerade in sensiblen Bereichen gut funktioniert und wirksam ist“.**

Die FDP-Abgeordnete Annabell Krämer, deren Fraktion das Thema auf die Agenda gesetzt hatte, bezeichnete es als „unfassbar“, dass das Ministerium erst aus den Medien von den Vorfällen in Flintbek erfahren habe. Die Landesregierung habe das zuständige Veterinäramt nicht kontrolliert und dürfe

sich nun keinen „schlanken Fuß machen, indem man die alleinige Verantwortung auf die Kreise abwälzt“. Cornelia Schmachtenberg (CDU) sicherte dem Minister hingegen die „volle Unterstützung“ ihrer Fraktion zu. Das Kontrollsystem zu überarbeiten, sei jetzt „die richtige Antwort“.

In Schleswig-Holstein gibt es rund 100 Schlachtbetriebe, darunter sind einige sehr große, die zu weltweit agierenden Konzernen gehören. Nach EU-Recht muss der Betrieb selbst sicherstellen, dass die Tiere bei der Betäubung und Tötung von vermeidbarem Schmerz und Stress verschont bleiben. Die amtliche Überwachung ist in Schleswig-Holstein zweistufig aufgebaut: Die Kreise und kreisfreien Städte sind vor Ort zuständig, das Land hat die Fachaufsicht.



Seit dem 1. Juli nehmen die Finanzbehörden die Daten zur Grundsteuer entgegen. Mitte Juli kam es beim Portal ELSTER zu technischen Schwierigkeiten – die Steuer-Plattform war vorübergehend nicht erreichbar.

## Grundsteuer-Modell bleibt umstritten – aber kein Systemwechsel

**An der Grundsteuerreform im Lande gibt es breite Kritik: Die Anträge seien zu kompliziert, die Website ELSTER sei fehleranfällig, und die Frist, um die Unterlagen beim Finanzamt einzureichen, sei zu kurz. Aktuell ist der 31. Oktober vorgesehen, Ende September wollen die Finanzminister der Länder über eine mögliche Verlängerung beraten. Auf ein anderes Modell zu wechseln, wäre aber kompliziert – das wurde in einer mehrstündigen Anhörung des Finanzausschusses Mitte September deutlich. Abgeordnete und externe Experten betonten außerdem: Das Thema ist so komplex, dass es schwer ist, eine gerechte Lösung für alle Beteiligten zu finden.**

Alexander Blažek, Vorsitzender des Verbandes „Haus und Grund“, berichtete von Irritationen bei den Steuerpflichtigen: „Viele haben es nicht verstanden oder sind überfordert.“ Ähnlich sah es Erhard Wollny vom Landesrechnungshof. Es gebe einen großen Verwaltungsaufwand, „sowohl in den Finanzämtern als auch beim Bürger“. Die Steuererklärung werde von vielen Menschen „als große Herausforderung wahrgenommen“, gestand Stephan Ramm, Abteilungsleiter im Finanzministerium. Dies gelte aber in ganz Deutschland – unabhängig vom Steuermodell.

Hintergrund: Die Berechnung der Grundsteuer muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bis 2025 neugestaltet werden. Es geht deutschlandweit um 36 Millionen Grundstücke, im Norden sind es 1,3 Millionen. Bei der Bemessung dient im Lande der Bodenrichtwert als Grundlage. So hatte es der Bund vorgegeben. Berlin räumt den Ländern aber die Möglichkeit ein, davon abzuweichen und die Steuer anhand der Fläche der Immobilie zu berechnen. Die Nord-FDP hatte dies per

Gesetzentwurf auch für Schleswig-Holstein vorgeschlagen. Ein „Faktor-Flächenmodell“ wie in Hessen sei „ein Kompromiss auch für die jetzige Koalition“, sagte Annabell Krämer (FDP). Das Bundesmodell hingegen sei klagenanfällig und umständlich. Ein Umstieg sollte spätestens „zur nächsten Hauptfeststellung“ im Jahr 2029 angegangen werden.

### „Finanzielle Lage der Menschen berücksichtigen“

Beate Raudies (SPD) verteidigte das Bundesmodell: Der Bodenrichtwert sei „gleichheitsgerecht“. Stephan Ramm aus dem Finanzministerium warnte davor, jetzt auf ein anderes Verfahren umzusteigen. Dafür müsste ein neues Computerprogramm erarbeitet werden, und dies würde ein bis zwei Jahre dauern und einen „unteren zweistelligen Millionenbetrag“ kosten. Ein Wechsel sei „allein schon aus praktischen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich“, bilanzierte Lasse Petersdotter (Grüne). Die von der FDP vorgeschlagene Methode hätte die

Steuererklärung nicht entscheidend vereinfacht, wäre aber „deutlich weniger gerecht“, so der Grünen-Fraktionschef. Auch Ole Plambeck (CDU) sprach sich gegen einen „Modellwechsel zum jetzigen Zeitpunkt“ aus. Es gehe um 470 Millionen Euro Steuereinnahmen pro Jahr für die Kommunen im Lande. Es müsse sichergestellt sein, dass diese Einnahmen rechtzeitig eingingen.

Rainer Kersten, Landesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler, forderte dagegen eine Kurskorrektur hin zum Flächenmodell, auch wenn es ein Risiko sei, „mitten im Fluss die Pferde zu wechseln“. Er wies darauf hin, dass der Bodenrichtwert, der sich an der Lage orientiert, ungenau sei: „Die Nähe zu einem Bahnhof erhöht den Wert, aber die direkte Nähe mindert ihn: wenn nämlich die Kippen über den Zaun fliegen.“ Es gebe teils erhebliche Unterschiede zwischen zwei benachbarten Orten oder Stadtteilen. Auf mögliche Ungerechtigkeiten wies auch Michael Herte von der Verbraucherzentrale hin: Es werde nicht beachtet, wann und wie das Grundstück in den Besitz gekommen sei – durch Erbschaft, Schenkung oder Kauf. Es müsse darum gehen, die finanziellen Möglichkeiten und die „Lebenswirklichkeit der Menschen zu berücksichtigen“. „Haus und Grund“-Vertreter Blažek kündigte eine Verfassungsklage gegen das Bundesmodell an: „Wir sind uns einigermaßen sicher, dass das Bundesverfassungsgericht uns recht gibt.“

# Landtag empfängt Parlamentarier aus Südtirol

**Wirtschaft, Forschung und Kultur: Diese Themen standen im Mittelpunkt des Besuchs einer zehnköpfigen Delegation des Südtiroler Landtages in Schleswig-Holstein Anfang September.**

Im Landeshaus führten die Gäste aus Norditalien ein Gespräch mit dem Ältestenrat des Landtages. In dem knapp zweistündigen Austausch ging es um Minderheitenpolitik, Grenzkontrollen, die regionale Gesundheitsversorgung, die Vermarktung regionaler Produkte, Erneuerbare Energien und Tourismus. Anschließend trafen sich die Südtiroler mit dem Digitalisierungsminister und Chef der Staatskanzlei Dirk Schrödter (CDU) und dem Koordinator für die Zusammenarbeit mit Dänemark und Minderheitenbeauftragten der Landesregierung Johannes Callsen.

Das viertägige Programm beinhaltete außerdem einen Besuch des Nord-Ostsee-Kanals und des Öko-Versuchsguts Lindhof der Kieler Uni. In Alkersum auf Föhr besuchten die Gäste die Ferring Stiftung, und in Wyk auf Föhr lernten sie die Schutzstation Wattenmeer und den Nationalpark Wattenmeer kennen. Weitere Punkte waren der GreenTEC Campus im nordfriesischen Enge-Sande, das Wikinger-Museum Haithabu, die Landesmuseen auf Schloss Gottorf und das Freilichtmuseum Kiel-Molfsee.

„Die vielen Gespräche und Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag in Bozen waren für uns ein großer Gewinn“, bilanzierte Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Der Leiter der Südtiroler Delegation, Landtagsvizepräsident Josef Noggler, verwies auf Parallelen zwischen beiden Regionen: „Auch wir sind eine Grenzregion, die sich intensiv mit den Themen der Minderheiten beschäftigt.“ Er zeigte sich beeindruckt von der Landwirtschaft und der Windkraft im Land zwischen den Meeren: „Zu Hause werden wir prüfen, was davon möglicherweise auch bei uns zur Anwendung kommen kann.“



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (vorne, Mitte) und die Gäste aus Südtirol im Plenarsaal

Die Landtage von Schleswig-Holstein und Südtirol pflegen seit mehreren Jahren einen Austausch. Im Juni 2017 war eine Südtiroler Delegation erstmals in den hohen Norden gekommen, 2018 folgte der Gegenbesuch in den Alpen. Mit dem jetzigen Besuch wurden die Kontakte erstmals nach Beginn der Corona-Pandemie wieder aufgenommen.

## Gewässerschutz im Ostseeraum

**Die Wasserqualität der Ostsee und der angrenzenden Flüsse stand im Mittelpunkt eines zweitägigen Treffens von Parlamentariern aus Deutschland und Polen in Danzig Mitte September.**

Das „Parlamentsforum Südliche Ostsee“, das seit 2004 jährlich zusammenkommt, fordert die nationalen Regierungen und die EU-Kommission zu einem „grenzüberschreitenden Gewässermanagement“ auf. Zudem müsse die illegale Einleitung von Abwässern unterbunden werden, und es müsse ein „Frühwarnsystem“ aufgebaut werden. Die Teilnehmer aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie den polnischen Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren verweisen in ihrer Abschlussresolution auf das „katastrophale Fischsterben“ in der Oder im Juli und August dieses Jahres. Sie rufen dazu auf, grenzüberschreitend ein „Netz von Schutzgebieten“ auszuweisen. Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Leiterin der fünfköpfigen Kieler Delegation, betonte, „wie wichtig der persönliche Austausch gerade auch mit unseren polnischen Kolleginnen und Kollegen in diesen Zeiten ist“.

## Präsidentin besucht Minderheiten

**In den Sommermonaten hat sich die im Juni gewählte Landtagspräsidentin Kristina Herbst bei den sprachlichen und kulturellen Minderheiten in Schleswig-Holstein und im Grenzland vorgestellt.**

Mitte Juli standen ein Austausch mit der friesischen Volksgruppe in Fahretoft sowie das Nordfriisk Instituut in Bredstedt auf dem Programm. Der Antrittsbesuch im Grenzland Mitte August stand im Zeichen der deutsch-dänischen Beziehungen. Zuerst stellte Herbst sich in Apenrade der deutschen Minderheit vor, besuchte das Deutsche Gymnasium und traf im Haus Nordschleswig Verbandsvertreter des Bundes Deutscher Nordschleswiger. Anschließend informierte sie sich im Flensburger Flensborghus über das dänische Schulsystem im Lande und besichtigte die dänische Zentralbibliothek für Südschleswig. In Kiel waren Vertreter des Verbandes deutscher Sinti und Roma Herbsts Gesprächspartner. „Meine Berührungspunkte mit den Minderheiten waren bislang nicht sehr ausgeprägt“, so die Landtagspräsidentin. „Im Zweifel lerne ich ganz viel von ihnen und nicht umgekehrt.“

# Joachim Gauck fordert „kämpferische Toleranz“

Toleranz sei Kernbestandteil einer demokratischen Gesellschaft, sagt Joachim Gauck, und sie müsse mehr beinhalten als den Satz, den er in seiner Wahlheimat Berlin häufig höre: „Mach doch, was du willst!“ Der ehemalige Bundespräsident war Mitte September ins Landeshaus gekommen, um sein Buch „Toleranz: einfach schwer“ vorzustellen. Er erzählte aus seinem Leben als DDR-Bürger und als gesamtdeutscher Staatsoberhaupt, und er diskutierte mit den rund 180 Gästen. Einladen hatte ihn der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann.

Als Gegenpol zur Berliner Gleichgültigkeit sieht Gauck die „kämpferische Toleranz“, den Streit mit Menschen, die anders denken. Er berichtet von Gesprächen mit einem Muslim, der seine Tochter mit einem Unbekannten zwangsverheiratet wollte, mit Wählern von Rechtsaußen-Parteien und mit Leuten, „die Honecker wiederhaben wollen“. Der Streit gehöre zu einer offenen Gesellschaft dazu, so Gauck, „auch wenn er uns Deutschen manchmal schwerfällt“. Eine „Einheitsgesellschaft“, in der alle denselben Willen hätten, werde es nicht geben. Wichtig sei, dass der demokratische Streit nach Regeln verlaufe, wie im Sport: „Ein Boxer oder ein Fechter will seinen Gegner besiegen – aber nicht töten.“



Diskussion mit dem Publikum: Christian Meyer-Heidemann und Joachim Gauck

Auch ihm falle der Umgang mit Andersdenkenden manchmal nicht leicht, gestand der gebürtige Rostocker. Als Mitglied der frei gewählten DDR-Volkskammer im Jahr 1990 sei es „schwer zu ertragen“ gewesen, dass knapp ein Fünftel der Abgeordneten der SED-Nachfolgepartei PDS angehörten. Er habe sich zwingen müssen, das Wahlergebnis und die Anwesenheit der umbenannten Kommunisten zu tolerieren: „Aber das kann man lernen.“

## „Intoleranz gegen Demokratiefeinde“

Andererseits plädierte der ehemalige Pastor und Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde aber auch für „ein Ende der Toleranz“: nämlich „dort, wo unsere Rechtsordnung geleugnet wird und wo Hass entsteht“. Irgendwo auf der ganz linken und der ganz rechten Seite sei „Schluss“. Demokratiefeinden müsse mit einem „entschlossenen Ja zur Intoleranz“ begegnet werden. Dies gelte insbesondere

mit Blick auf den russischen Angriff auf die Ukraine, so der 82-Jährige. Angesichts der zahllosen unschuldigen Opfer von Putins Krieg seien „anständige Menschen heute aufgerufen, intolerant zu sein“.

Gauck, dessen Vater von den Sowjets sechs Jahre lang „ohne Grund“ nach Sibirien deportiert wurde, plädiert für eine harte Haltung gegenüber Russland: „Wir müssen deutlich abwehrbereiter sein, als wir es normalerweise sind.“ Die Deutschen hätten die Moskauer Aggression, etwa in Tschetschenien, Georgien und auf der Krim, lange nicht wahrhaben wollen, und sie hätten „zu wenig auf die Nachbarn im Osten gehört“, die stets vor der Gefahr gewarnt hätten. Umso glücklicher sei er über die von Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar ausgerufenen „Zeitenwende“, sagt Gauck. Denn endlich werde „Feindschaft auch als Feindschaft wahrgenommen“. In der aktuellen Lage sei es nötig, „intolerant gegenüber den Intoleranten“ zu sein.

Joachim Gauck wurde am 24. Januar 1940 in Rostock geboren. Er studierte in seiner Heimatstadt evangelische Theologie und war von 1967 bis 1990 Pastor in Lüssow und Rostock-Evershagen. 1990 wurde er für das Bündnis 90 in die DDR-Volkskammer gewählt, im selben Jahr wurde er erster Leiter der neu eingerichteten Stasi-Unterlagenbehörde. Dieses Amt behielt er bis zum Jahr 2000. Anschließend war er ehrenamtlich und journalistisch tätig, bis ihn die Bundesversammlung 2012 als ersten parteilosen Bewerber zum Bundespräsidenten wählte. Nach einer fünfjährigen Amtszeit trat er nicht wieder an. Joachim Gauck hat vier Kinder, zwölf Enkel und acht Urenkel und lebt in Berlin.



## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



**Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder: Russen und Ukrainer: Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. – 6. Auflage. – München: Beck, 2022. – Illustrationen. – 267 S.**

Russland und die Ukraine sind sprachlich, religiös und kulturell verwandt, wirtschaftlich und demographisch verflochten und dennoch seit 2014 in einen bewaffneten Konflikt verwickelt, der spätestens seit Februar 2022 die gesamte Welt in Atem hält. Wie konnte es zwischen den beiden „Brudervölkern“ dazu kommen? Der Schweizer Osteuropa-Historiker Andreas Kappeler erklärt in diesem Buch verständlich die Geschichte, Verbundenheit und Unterschiede zwischen Russland und der Ukraine, sodass ein besseres Verständnis des aktuellen Konflikts und seiner Hintergründe erwachsen kann.



**Henry Kissinger: Staatskunst: Sechs Lektionen für das 21. Jahrhundert. – München: Bertelsmann, 2022. – 602 S.**

Was macht politische Führung unabhängig von tagesaktuellen Fragen aus? Welche Rolle spielen dabei Strategie, Mut und Charakter? Henry Kissinger, 1923 in Fürth geboren, 1938 in die USA geflüchtet, von 1973 bis 1977 US-Außenminister, zeichnet ein zeitloses und zugleich hochaktuelles Bild von Staatskunst in Zeiten von Krisen und Umbruch. Dabei blickt er auf die Biografien von sechs Persönlichkeiten, denen er persönlich verbunden war: Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Richard Nixon, Anwar el-Sadat, Margaret Thatcher sowie der Ex-Premier von Singapur, Lee Kuan Yew.



**Mythos Gorch Fock: herausgegeben von Oliver Wurm. Autor: Peter Wenig. Fotos: Kathrin Warendorff. – Hamburg, 2021. – 145 Seiten. – Bildband**

Die „Gorch Fock“ ist ein besonderes Schiff. Sie weckt Assoziationen, schafft Bilder im Kopf und hält mit ihr verbundene Geschichten lebendig. All dies lässt sich nicht trennen von den auf ihr tätigen Menschen. Dieser Bildband portraitiert Menschen und Schiff auf eine direkte und authentische Weise, die neue Bilder im Kopf und Faszination für das Segelschulschiff der Marine entstehen lässt. Ausgewählte Schwarz-Weiß-Fotos aus zwei Jahrzehnten sprechen für sich und nehmen den Betrachter mit an Bord und zu den Menschen auf der berühmten Dreimastbark.

## Broschüren erschienen

„Legitimationsleistung der parlamentarischen Demokratie in Krisen- und Umbruchzeiten“ – so lautet der Titel des Vortrags, den der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle im Juni 2021 auf der Landtagspräsidentenkonferenz gehalten hat. Er beschreibt die Herausforderungen angesichts voneinander abgeschotteten „Meinungsblasen“ im Internet. Der Redetext ist nun als Broschüre erschienen. Zudem hat der Landtag sein Informationsangebot nach der Wahl im Mai aktualisiert. Der neue Sitzplan liegt nun als Faltblatt vor, und das Heft „Vom Volke gewählt“ gibt einen Überblick über die Abgeordneten und die parlamentarischen Abläufe.

Die Broschüren gibt es kostenlos unter [bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1268, [johannes.utzolino@landtag.ltsh.de](mailto:johannes.utzolino@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, [karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, [yvonne.windel@landtag.ltsh.de](mailto:yvonne.windel@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Regina Baltshun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Lea Meyer, Vivien Albers, Holger Stöhrmann, Frank Peter, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Deutsche Marine/Marcel Kröncke, Oliver Wurm, C. Bertelsmann-Verlag, C.H. Beck-Verlag, dpa Picture Alliance

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

Titelseite: Amatik,

Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,  
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,  
Fax 0431/988-1119, [bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

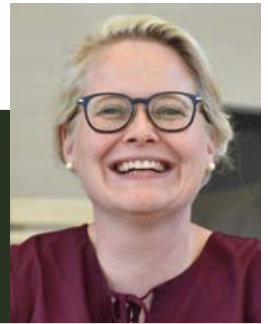
Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. Oktober 2022

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

## Rixa Kleinschmit, CDU

geb. am 5. März 1981,  
Diplom-Ingenieurin Agrar,  
wohnt in Westerrönfeld  
(Kreis Rendsburg-Eckernförde),  
verheiratet, zwei Töchter



### Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich habe mich schon sehr früh für Politik interessiert. Vor ein paar Jahren fiel mir beim Aufräumen ein kleines Notizbuch aus dem Jahr 1994 in die Hand. Statt der erwarteten Namen von Pferden oder Boybands fand ich dort die Ergebnisse der Kommunalwahl, geschrieben mit Schönschreibfüller und türkiser Tinte. Damals war ich 13 Jahre alt. Dies hat mir nochmal bewusst gemacht, dass ich eigentlich immer schon in die Politik wollte.“

### Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„„Desirée“ von Annemarie Selinko. Die Lebensgeschichte eines jungen Mädchens, das erst Verlobte Napoleons ist und über Umwege schwedische Königin wird. Geschichte, Politik, was fürs Herz und die Erkenntnis, dass das Leben eigentlich alles bereithalten kann. Beruht auf einer wahren Geschichte und wurde in den 50ern mit Marlon Brando als Napoleon verfilmt.“

### Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Ist zwar ziemlich abgedroschen, aber bei einer Flasche Rotwein von Angela Merkel zu erfahren, wie sie heute auf die letzten zwanzig Jahre schaut und wie die Mächtigen dieser Welt hinter verschlossener Tür sind, würde mich sehr interessieren.“

### Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Ein möglichst dickes Buch, ein Taschenmesser und – bei meinem Hauttyp – Sonnencreme.“

### Was bringt Sie auf die Palme?

„Intoleranz, Blasiertheit und schlechte Autofahrer! Ganz besonders wütend macht mich Ungerechtigkeit.“

### Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die Netzabdeckung! Wenn ich im Auto oder Zug unterwegs bin und ständig das Gespräch abbricht, ist das ein unhaltbarer Zustand. Es gibt auch viele andere Themen, in denen wir besser werden können. Aber ich gehöre nicht zu den Schwarzsehern, die ständig klagen und schimpfen. Wir leben in einem tollen Bundesland, und ich bin glücklich, dass ich daran mitarbeiten darf, dass es hier noch lebenswerter wird.“

## Abgeordnete persönlich



## Niclas Dürbrook, SPD

geb. am 7. Juni 1990,  
Politikwissenschaftler,  
wohnt in Malente,  
verheiratet, eine Tochter

### Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Politik hat mich schon immer interessiert. In der Oberstufe habe ich dann mit Freund\*innen eine Schülerzeitung gegründet, und gleich unsere erste größere Recherche sorgte für einen bösen Besuch aus dem Bildungsministerium. Das hat mich rasend schnell politisiert. Parallel dazu fand ich meine politische Heimat bei den Jusos und der SPD.“

### Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Das ist die Stelle, an der man den angestregten Blick ins Bücherregal wirft, um eine angemessen intellektuelle Wahl zu treffen. Die ehrliche Antwort bei mir ist vermutlich: ‚Die Ritterburg‘, ein dünnes und sehr bilderlastiges Buch, das als Kind nachhaltig meine Begeisterung fürs Mittelalter geweckt hat. Und das vermutlich nicht ganz unschuldig dafür war, dass ich später u.a. Geschichte studiert habe. Mittlerweile lese ich gerne Thriller, historische Romane und politische Sachbücher. Gerade liegen ‚Streamland‘ und ‚Die Akte Adenauer‘ auf meinem Nachttisch, auf dem Tablet wartet ‚Das tiefschwarze Herz‘.“

### Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Willy Brandt hätte ich gerne noch kennengelernt. Ich darf in diesem Jahr viele Menschen für ihre 50-jährige Mitgliedschaft in der SPD ehren, die wegen ihm und dem gesellschaftlichen Aufbruch, für den er stand, politisch geworden sind. Das sind faszinierende Gespräche.“

### Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Satellitentelefon, Solarpanel und Laptop – der Rest findet sich.“

### Was bringt Sie auf die Palme?

„Ziemlich zuverlässig der Satz: Das haben wir schon immer so gemacht.“

### Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wenn wir wollen, dass Schleswig-Holstein lebenswert bleibt, ist der Klimawandel die zentrale Herausforderung. Leider ist das Fenster für wirksamen Klimaschutz extrem klein geworden. Auch, weil wir die Lösungen immer noch nicht so groß denken, wie das Problem leider ist. Dem Klima ist es zum Beispiel egal, ob wir eine Schuldenbremse haben. Nicht nur für Klimaschutz, sondern auch für die anderen großen Herausforderungen wie den demografischen Umbruch oder die Digitalisierung gilt, dass wir sie nur meistern können, wenn die Gesellschaft zusammenbleibt. Und das klappt am besten mit einem starken, handlungsfähigen Staat.“



Tim Post und Lennard Hamelberg aus dem Präsidium von „Jugend im Landtag“ diskutierten Anfang September mit dem Innen- und Rechtsausschuss über ihre Erwartungen an die „große“ Politik. Hauptthema: die Jugendbeteiligung in den Kommunen.

## Zu Besuch im Landeshaus



Die Landjugend hat dem Landtag auch in diesem Jahr eine Erntekrone geflochten. Zehn Jugendliche aus dem Kreis Steinburg übergaben die Krone aus vier Getreidesorten Ende September an Landtagspräsidentin Kristina Herbst (Mitte).



Als Pförtner verkleidet führte der Schauspieler Andreas Schauder in der Museumsnacht Ende August die Gäste durch das Landeshaus und präsentierte „Wahres, Gelogenes und Erstaunliches“. Rund 700 Besucher kamen an diesem Abend in den Landtag.



Gerhard Delling, langjähriger ARD-Sportmoderator, hielt Ende September den Eröffnungsvortrag zum „Gesundheitstag“ von Landtag und Landesregierung. Das Thema des gebürtigen Rendsburgers: „Bewegen als Bewegung – ein Appell zu mehr Flexibilität“.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war Mitte September virtueller Gast im Europaausschuss. Die Abgeordneten trafen sich, um die Rede der ehemaligen Bundesministerin zur Lage der Europäischen Union zu verfolgen.

# Termine, Termine, Termine ...

## Neue Ausstellung: „Was heißt hier Minderheit?“

Schleswig-Holstein verfügt über eine Vielfalt von Kulturen, Sprachen und regionalen Identitäten. Im Lande leben zwei nationale Minderheiten und eine Volksgruppe, und es werden fünf verschiedene Sprachen gesprochen. Welche Geschichten und Lebenswirklichkeiten verbergen sich hinter dem Begriff „Minderheit“? Und inwiefern kann man deutsch, aber gleichzeitig auch Dänin, Sinto, Romni, Friesin oder Plattspreecher sein? Der Landtag zeigt bis zum 31. Oktober eine interaktive Wanderausstellung mit dem Titel „Was heißt hier Minderheit?“

„Ich freue mich, dass mit der Ausstellung diese scheinbar einfache Frage beantwortet wird“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst zur Eröffnung der Ausstellung Ende September vor rund 100 Gästen. Kernanliegen der Ausstellung sei es, „gegenseitiges Verständnis zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft zu schaffen, die Perspektive zu ändern und den Blickwinkel des jeweils anderen einzunehmen“. Das abstrakte Thema werde in der Ausstellung anschaulich, modern, interaktiv und mit Witz und Spaß umgesetzt, warb die Landtagspräsidentin für den Besuch der Schau.

**Die Ausstellung ist bis zum 31. Oktober geöffnet, täglich von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist frei, lediglich ein Personalausweis ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.**

### Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Herbst Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

**Dienstag, 18. Oktober: Heide**  
**Dienstag, 25. Oktober: Schwarzenbek**  
**Donnerstag, 3. November: Lübeck**  
**Dienstag, 15. November: Heide**  
**Donnerstag, 1. Dezember: Lübeck**  
**Donnerstag, 8. Dezember: Rellingen**  
**Dienstag, 20. Dezember: Heide**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Rellingen** in der Hauptstraße 60, 9:00 bis 13:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

**Aktuelles unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Rubrik „Beauftragte“**



Viele Fragen um die in Deutschland lebenden Minderheiten werden im 1. Stock des Landeshauses beantwortet.